

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück-Ruf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 80 Pf.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Inserate die dreigesparte Pettizette oder
deren Raum mit 50 Pf.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publicationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Buttoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Buttoldstraße 9.

Inhalt: Lehren der Krise für die Wohnungsfrage. — Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. (Fortsetzung.) — Gewerkschaftliche Grenzstreitigkeiten. — Arbeiterssekretariatsberichte. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Tätigkeitsbericht für den Uigationsbezirk Brandenburg u. c. (Schluß). — D. M. B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Correspondenzen. — Kritisches zum Partei-Formelkonflikt. — Rundschau. — Literatur.

Zur Beachtung.

Fazit ist fern zu halten:
von Bolzenschmieden nach Schwelm (Gördes & Co.) St.;
von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Blüttner, Hunger, Schlipfingen);
von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach Breslau (Eisengießerei von Cohnstädt) R.; nach Freiberg i. S. (Eisengießerei von Münnzer und Schönert) R.; nach Heidenau b. Dresden (Rockstroh & Schneider) U.; nach Gelsnitz i. Vogtl. (Moltrecht & Reicher) U.;
von Gold- und Silberarbeitern nach München (Rosenau) D.;
von Klempnern nach Hamburg (U.);
von Metallarbeitern aller Branchen nach Hirschberg i. Th. (Armaturenfabrik von Heine & Seifert) L.; nach Paris; nach Höchstädt i. Th. (A. Schöne) M.; nach Turgi (Schweiz, Metallin.-Fabr. Egloff & Co.) Str.; nach Warstein in Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
von Metalldründern nach Fürth (Metallwarenfabrik Hasselbacher) M.;
von Metallschlägern nach Nürnberg. D.; nach Leihhausen (D.).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L: Lohnbewegung; U: Aussperrung; D: Differenzen; M: Maßregelung; H: Miethäufigkeit; R: Lohn- oder Aufordnung; F: Einführung einer Fabrikordnung.)

Lehren der Krise für die Wohnungsfrage.

Die seit 2 Jahren währende Wirtschaftskrise ist für die Arbeiterschaft eine harte Schule des Lebens, die die von manchen Seiten so verachtete Theorie bestätigt. So hat sie auch gezeigt, wie richtig die in den Kreisen der sozial aufgeklärten Arbeiter vertretene Ansicht ist, daß es sich für den Lohnarbeiter nicht empfiehlt, sich ein eigenes Haus zu erwerben, sondern daß dem Eigenheim die Miethwohnung vorzuziehen ist. Das Streben nach einem eigenen Heim ist menschlich verständlich und berechtigt, es entspringt dem Drange nach Unabhängigkeit und Selbstständigkeit; kann man nicht sein eigener Unternehmer sein, so möchte man doch gerne sein eigener Wohnungsgesetz sein. Es heißt aber die große Mehrzahl der Menschen das Los, Wohnungsmiether zu sein, also nicht allein die Arbeiter und auch nicht allein Leute, denen die Mittel zum Ankauf eines eigenen Hauses mangeln. Es gibt unter den Miethern öffentliche und private Beamte, Advokaten, Aerzte, Professoren, Geistliche, Kaufleute, Fabrikanten, Rentiers usw., kurz Leute aus allen Gesellschaftsschichten und Berufskreisen, welche die Mittel zum Ankauf eines eigenen Hauses besaßen, sich aber als Miether freier und beweglicher fühlten und die daher die Miethwohnung dem eigenen Hause vorziehen.

Wenn aber jemand auf persönliche Beweglichkeit bedacht sein muß, so ist es der Arbeiter. Denn kein anderes Glied der Gesellschaft leidet bei der faulen kapitalistischen Wirtschaftsordnung derart unter der Unsicherheit der Existenz, wie gerade der Arbeiter. Bei dem Mangel an sozialem Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl, der die meisten Unternehmer so unvorteilhaft auszeichnet und bei der rein unpersönlichen, nur sachlichen Rolle, die der Arbeiter als Ausbeutungsobjekt zu spielen gezwungen ist, entbehrt seine Existenz jeder Garantie. Diese wirtschaftliche Vogelfreiheit ist es ja, die so manchen Arbeiter davon abhält, einen eigenen Hausstand zu gründen,

das heißt, sich zu verheirathen und eine eigene, selbstständige Haushaltung zu errichten. Nun wissen wir ja sehr wohl, daß trotzdem viele tausende und Hunderttausende Arbeiter Jahre lang beim gleichen Unternehmer im Arbeitsverhältniß stehen, ja daß sogar nicht wenige Arbeiter von der frühesten Jugend an bis an ihr Lebensende in der gleichen Fabrik arbeiten. Aber eine Garantie dafür, daß das gleiche Arbeitsverhältniß so lange dauern wird, hat der Arbeiter nicht, er kann immer Seitens des Unternehmers von heute auf morgen entlassen und auf die Straße gestellt werden. Die lange Dauer des Arbeitsverhältnisses wird aber auch nicht selten von den Arbeitern durch eine willenslose Fügsamkeit und Unterordnung, durch eine wunschlose Zufriedenheit und so um den Preis miserabler Arbeits- und Lohnverhältnisse erkauft. In abgelegenen Hütten- und Eisenwerken, in der Haushandwerke, wie z. B. in der jüngsten der Schmalkaldner Zeugschmiede, in Spinnereien und Webereien usw., wo im Arbeitsverhältniß die junge Generation auf die alte folgt und den Industrie-tönen unterhängt Lohnsklaven gegenüberstehen, ist dies durchaus der Fall. Hier finden sich relativ auch die meisten proletarischen Haus- und Landbesitzer. Über dieser Besitz gereicht ihnen nicht zum Segen, denn dadurch an die Scholle, die ihnen liebgeworden, gefesselt, können und wollen sie sich nicht davon los machen und werden sie so zu den idealsten Ausbeutungsobjekten kapitalistischer Spekulation und Profitwuth.

Es gibt aber in allen Industriegegenden und anderen Orten Arbeiter, die im Besitz eines eigenen Hauses sind. Häufig gehört ihnen davon jedoch nicht viel, da sie beim Ankauf nur eine kleine Abzahlung leisten konnten und dann alle Noth haben, die Schuldzinsen sowie die Abzahlungen Jahr für Jahr zu leisten. Manche Unternehmer kommen diesem Streben der Arbeiter sehr weit entgegen, aus lauter Sympathie und Uneigenmäßigkeit, meinen die Betreffenden, aber aus kluger Berechnung und aus Eigennutz in Wirklichkeit. So ist auch im letzten Jahresbericht des unterfränkischen Aufsichtsbeamten zu lesen, daß das Eisenwerk Laufach, Alt.-Gef. in Laufach, 3 Arbeitern, welche sich Wohnhäuser erbauten, denjenigen Theil des Bauträgers, welchen sie als Hypothekendarlehen nicht erhalten konnten, im Gesamtbetrag von 7000 Mark zinslos zur Verfügung gestellt und einem andern Arbeiter, der sich ein Wohnhaus kaufte, 1100 Mark zinslos gegeben hat. Wie edel und hilfreich und gut! Sogar noch zinslos. Die Mittheilung wird denn auch im Kapitel „Wohlfahrtseinrichtungen“ gemacht. Ohne Zweifel bedeutete die Bereitwilligkeit der Alttengesellschaft Laufach zur Gewährung unverzinslicher Darlehen für die betreffenden Arbeiter eine schwärmische Gefälligkeit, mag sie nun aus welchen Gründen immer erwiesen worden sein. Aber mit der Annahme des Darlehens gingen die Arbeiter ein Schuldverhältniß zu ihrem „Brotgeber“ ein, das zu der Abhängigkeit des Lohnarbeiters noch die Abhängigkeit des Schuldners hinzufügte. Die aus dieser doppelten Abhängigkeit, aus diesem doppelten Drucke für die Arbeiter entstehenden Nachtheile sind sicher größer, als die Vorteile, die der Besitz eines eigenen Heims gewährt.

Ist der Arbeiter durch den Besitz eines eigenen Hauses schon in normalen Zeiten in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt, kann er zum Zwecke der Verbesserung seiner Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht leicht oder gar nicht den Ort wechseln, so kann für ihn der Hausbesitz in der Zeit der Krise zur Katastrophe werden. Zahlreiche Lohnarbeitende Hausbesitzer haben in dieser schweren Zeit der Noth diese bittere Erfahrungen schon machen müssen. Die paar Spargroschen

der früheren Zeit sind in das Eigenheim gestellt worden und nun steht der arbeits- und verdienstlose Hausbesitzer ohne alle verfügbaren Mittel da und vom Hause selbst kann er nichts abbeziehen, um den Hunger zu stillen. Die Arbeits- und Verdienstlosigkeit hindert ihn auch daran, seinen Gläubigern gegenüber die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und der Schluss ist der freiwillige oder unfreiwillige Verlauf des liebgewordenen Eigentums mit empfindlichem Verlust, denn die Zeit der Krise mit ihrer Vernichtung so vieler Existenz, mit der Verminderung der Einwohnerzahl in Folge von Arbeiterentlassungen und mit ihrer vermindernden Nachfrage nach Wohnungen ist die ungünstigste Zeit für den Verkauf von Wohnhäusern. Das Ergebnis ist für den lohnarbeitenden Hausbesitzer vollständige Verarmung und Verelendung.

In den hinter uns liegenden zwei schweren Krisenjahren haben viele Arbeiter diese bittere Erfahrung machen müssen, die zugleich eine bittere und bedeigenswerte Lehre für die gesamte Arbeiterschaft ist, nämlich die Lehre, nie auf die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für den Arbeiter bestehende Unsicherheit der Existenz zu vergessen und darum sich nicht an die Scholle zu fesseln durch Hausbesitz, sondern sich stets die völlige Bewegungsfreiheit zu wahren und die Spargroschen als Notgroschen zur stetigen Verfügung zu halten.

Auch die Benutzung der von den Unternehmern zur Verfügung gestellten Arbeiter-Wohnungen in den „Fabrikhäusern“, die unter allen Umständen eine Verstärkung der Abhängigkeit vom „Brotgeber“ bedeutet, erweist sich in der Krise mit ihren zahlreichen Arbeiterentlassungen als eine empfindlicher Nebelstand. Mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist gewöhnlich auch die Beendigung des Miethsverhältnisses verbunden, so daß der Arbeiter arbeitslos und obdachlos zugleich wird, wodurch seine Lage sehr verschlechtert wird.

Ebensoviel zweitmäßig erscheint uns die Beteiligung der Arbeiter an Baugenossenschaften durch die Gingabe ihrer paar Spargroschen. Die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses ist in erster Linie Pflicht der Gemeinde, die heute umso leichter erfüllt werden kann, als die Versicherungsanstalten für solche Zwecke bereitwillig große Summen und zwar zu den günstigsten Bedingungen hergeben. Sind aber die Gemeinden zur Erfüllung dieser ihr obliegenden wichtigen Pflicht in Folge des mächtigen und gemeinschaftlichen Einflusses der Hausbesitzer-Sliquen in den Gemeindeverwaltungen nicht zu bewegen, so sollten die Arbeiter Baugenossenschaften bilden, aber sich dabei finanziell so wenig als möglich engagieren, sondern auf die Erlangung ausreichender Darlehen von den Versicherungsanstalten bedacht sein und sodann die von den Genossenschaften erbauten Häuser nicht verkaufen, sondern unter eigener Verwaltung für alle Seiten die Wohnungen vermieten. Der pfälzische Aufsichtsbeamte teilt in seinem letzten Jahresbericht mit, daß die Versicherungsanstalt der Pfalz im Jahre 1901 an versicherte Arbeiter Darlehen im Betrage von 662,532 Mk. zu 3 bis 4½ Prozent Zinsen gewährt hat, womit der Beweis geliefert ist, daß die in Baugenossenschaften organisierten Arbeiter diesen Weg mit Erfolg betreten können ohne alle persönlichen materiellen Nachtheile für sich.

Die finanzielle Beteiligung der Arbeiter an Baugenossenschaften findet ganz zutreffend auch die badische Fabrikinspektion sehr schwierig. So erzählt sie in ihrem vorjährigen Bericht, daß in Pforzheim 6 Bijouteriearbeiter einen Bau- und Sparverein zum Zwecke der Errichtung von Wohnhäusern für sich gegründet hatten. Sieben Mitglie-

legt wöchentlich 3 M. in die gemeinsame Sparfasse ein. Sie haben bereits einen Bauplatz für 4000 M. erworben und hoffen bald mit Hilfe der Versicherungsanstalt Baden ihr Ziel zu erreichen. Die wohlthätige Wirksamkeit dieser Instanz in dieser Richtung hat sich übrigens mehrfach gezeigt. Diese thätige und selbstständige Mitarbeit der Beteiligten an der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse hat zweifellos hohen erzieherischen Werth für die betreffenden Arbeiter. Sie steht aber nicht nur eine erhöhte sittliche Kraft derselben, sondern auch ein übernormaler Leistungsbereitstseit voraus und wird aus diesem Grunde vereinzelt stehen bleiben." Die Fabrikinspektion hätte hinzufügen können „und gesichertes Einkommen“, woran es besonders fehlt.

Die Arbeiter mögen also die mit dem Eigenheim in der Krise gemachten Erfahrungen beherzigen und davon im gegebenen Falle, das heißt, wenn sie in Verzugung gerathen, Hausbesitzer zu werden, die praktische Rücksichtnahme machen.

Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung.)

Nun ging eine, weit über das Stuhengebiet hinausgehende, von Geistlichkeit und Zentrumspresse betriebene Presse gegen den Verband los, bei der man vor keiner Verleumdung zurückstand. Die in Berlin erscheinende ultramontane „Germania“ ließ sich schadenstoch aus Eßen melden, die christlich sozialen Führer im Ruhrbezirk seien „nicht einzig gewesen“, sie hätten in der katholischen Presse durch Artikel über die Bewegung „auflärmend“ getoirt und gleichzeitig ein Statut für einen christlichen Gewerkverein entworfen.

Dieser christliche Gewerkverein schien den Herren doch einige Noth zu machen; er war schon lange angekündigt, ehe es ein Lebenszeichen von sich gab. Kaplan Laaf und Gen. hatten auch ein Verbandsstatut entworfen, dessen § 1 erklärte: Der Bund der rheinisch-westfälischen Bergleute bestrebe, gemäß den ewig wahren Grundsätzen des Christenthums, und deshalb nur auf gesetzlichem Wege den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder; in § 2 wird die Bildung eines Unterstützungsfonds für abnormale schlechte Zeiten verlangt und die Arbeit ist zur Gewöhnung von Beiträgen zu demselben eingeladen; § 3 rechnet mit der Möglichkeit eines Streiks.

Ein eigenartiger Kontrast, diese §§ 2 und 3 des Statuts, der sich freilich in der älteren wie in der neueren christlichen Arbeiterbewegung auf Schritt und Tritt findet.

Obwohl nun der christliche Gewerkverein der Bergarbeiter nach jüngster Vorbereitung von den „Führern“ geschaffen war, so trat man doch immer noch nicht so recht mit ihm heraus. Man zögerte und zögerte, mit dem Verein an die Öffentlichkeit zu treten.

Da endlich der Vorstand des Vereins für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund eine Bekanntmachung, daß alle Bergarbeiter auf den Vereinszetteln, die dem „sozialdemokratischen“ oder dem christlich-sozialen Bergarbeiterverband beitreten, sofort entlassen werden sollten!

Das war eine brutale, die Bergarbeiter ihres gesetzlich garantiierten Koalitionsrechtes beraubende Gewaltmaßregel, die jeden Arbeiter und sozialen Arbeiterfreund zu schärfstem Protest geradezu herausforderte. Hier hatten die christlichen Arbeiterführer und die hinter ihnen stehende Zentrumspresse und Zentrumspresse die beste Gelegenheit, beweisen zu können, daß es ihnen wirklich ernst mit der Vertheidigung und Vertretung der Arbeiterinteressen und -rechte war. Dies hat sie denn auch wohl gethan, hat sich vor aller Schärfe gegen diesen brutalen Zentrumspunkte der Unternehmer gewandt? Kein gerecht! Man stand nun mit diesem Alt der Unternehmerwillkür jenseits dieser christlichen Arbeiterfreunde vielmehr in einer Weise ab, als wenn dieselbe ihnen eine erachtete Hilfe in ihrer Bedeutung gebracht hätte.

Mit dem letzten brutalen Willkür der Bergarbeiter, der den Bergleuten den Eintritt in den Hasselmann-Rosenkranz-Pacten wie in den christlichen Bergarbeiterverband bei Statoe kostgünstiger Entlassung verbot, stand nun die ultramontane Presse in folgender Weise ab. Die „christlich-sozialen Blätter“, das Organ der damaligen katholischen Arbeiterbewegung, riefen mit, daß christliche, arbeiterfreundliche Männer aus den Kreisen Eßen, Bochum, Duisburg, Dortmund wiederholte Zusammensezungen leien, um Stellung zu der neuen Bewegung der Bergleute zu nehmen. Zugleich war abgedroht Männer die jetzige Zeit aus triftigen Gründen zu einer Vereinigung nicht für gelegen hielt, hätten sie dennoch auf den Wunsch katholischer Bergleute beschlossen, den Bergbau zu machen, einen Verein zur Schaffung der Wahrung der Rechte und Interessen der Bergleute ins Leben zu rufen. Die katholische Presse habe in dieser Beziehung auch hinreichende Anerkennungen gegeben, und daß du mich sei es gekommen, daß ich die christlichen Bergleute von dem Verbande der Sozialdemokraten ferngehalten hätte. Waren die Christlich-Sozialen nicht

Dieses Blatt hat 1873 seinen Untertitel: „Organ der christlich-sozialen Partei“ umgeändert in: „christlich-soziale Beitragsorgane“, und diese Änderung in folgender Weise begründet: „Die Christlich-Sozialen seien keine Partei in engeren politischen Sinnen, wohl aber in der weiteren Stellung des Wortes in der Anerkennung eines Bedürfnisses, der in Übereinstimmung getretene Gesellschaft eine auf allgemeiner Basis, das heißt, katholisch die christlichen sozialen Grundlage zu geben. Daraus betonen wir Partei und sagen, wie wir bei aller Toleranz der verschiedenen religiösen Überzeugungen anderer genauso behalten möchten, daß christlich-sozial ist nach außerer Auffassung katholisch-sozial.“

gewesen, dann zählte jetzt schon die sozialdemokratische Bewegung nach Tausenden und schwer möchte es alsdann geworden sein, der sozialdemokratischen Fluth seitens der Christen einen Damm entgegenzusetzen.

Ganz ungeniert preisen sich hier die christlichen Arbeiterfreunde als Handlanger der Becherwerke in ihrer im Kampfe gegen die Sozialdemokratie; sie gestehen, daß sie die Zeit zur Organisation der Bergleute nicht für gelegen hielten und daß sie nur darüber, daß Hasselmann und Rosenkranz die Bergleute in dem unpolitischen konfessionslosen Verband um sich sammelten, sich zu dem Versuch bewogen fühlten, die Bergleute auf christlicher Basis zu organisieren!

Sie schmettern aber förmlich auf, diese christlichen Arbeiterfreunde, als sie durch den Ultra des Becherwerks unter die Miete überhoben wurden, diesen Organisationsversuch auszuführen.

Das Ergebnis einer Beratung der christlichen Arbeiterführer über das nunmehr zu beobachtende Verhalten, war nach einer Bentumskorrespondenz folgendes: „Die Männer, die zur Vereinigung der christlichen Bergleute befähigt sein wollten, haben es im nächsten Interesse der Bergleute selbst für gerathen gehalten, einstreitende den geplanten Verein nicht ins Leben zu rufen... Wenn der Plan sich auch jetzt nicht ausführen läßt, so ist aufgegeben doch nicht aufgehoben. Es kommt auch mal wieder eine Zeit, wo die Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer nötig haben, wo man mit der Drohung der Entlassung sehr, sehr vorsichtig sei, alsdann könne der Plan wieder aufgenommen werden. Bis dahin solle man die Zeit benutzen, den Plan desto reißlicher zu prüfen und zu verbessern...“ Dann fügte man noch das trostende Versprechen hinzu, daß man, wie es auch kommen möge, nicht aufhören werde, für die Bergleute mit Rath und That einzutreten.

Da das Komitee, so erläutern die „christlich-sozialen Blätter“ zu diesem Bericht, nach unserer Kenntniß der Sachlage unter den obwaltenden Umständen zu einem anderen Resultat nicht kommen konnte, so wäre hiermit die christlich-soziale Gewerbevereinsbewegung zu einem vorläufigen Ende gelangt.

Den christlichen Arbeiterfreunden kam offenbar nichts gelegener als der sie aus aller Sorge befürrende Beischluß der Bergleute. Wie hätten sonst sie, die vorher so entschieden gegen das Kapital wetterten, so während die traurige Lage der Arbeiter zu schildern wußten, so energisch für die Verbesserung derselben einzutreten versprochen, nun auf einmal, bei der ersten Probe auf ihren Mut und auf den Ernst ihrer Arbeiterfreundlichkeit, die Flinte feig ins Korn wetzen können?

Der von Rosenkranz-Hasselmann gegründete Verband war natürlich viel zu schwach und zu jung, um einen entschiedenen Kampf gegen Unternehmertum, Geistlichkeit, Behörden und Zentrum führen zu können, vollends bei der durch die christlichen „Arbeiterfreunde“ geschaffenen Einigkeit der Bergleute; er ging einem unantwendbaren Siechthum entgegen.

Zroblochend meldete hierüber das christlich-soziale Organ, daß der Hasselmann-Rosenkranz-Verband dem Betrieb nach im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier kaum noch tausend Mitglieder habe, und daß seine jüngsten Agitationsversammlungen schlecht besucht würden und völlig resultlos verließen.

Nach Erlass des Sozialistengesetzes wurde der von Rosenkranz-Hasselmann gegründete Bergarbeiterverband aufgelöst, jede Gefahr für die Bergleute war beseitigt, und nun entschließt auch langsam die christlich-soziale Bewegung; ihre Apotheke wurden müßiger und müßiger, die sozialistischen Fragen traten mehr und mehr in den Hintergrund. Nur in den gelegentlich politischer Wahlen gehaltenen Reden wetterte man noch über den Nebenmuth des Kapitals und die Rechtlosigkeit der Arbeiter. Die von den Kapitänien geleiteten Arbeitervereine dienten nur noch Wahlzwecken.

Als aber nach Fällen des Ausnahmegesetzes die Gewerkschaften sich wieder zu beleben und auszudehnen begannen, da jubilierte auf einmal auch die „christlichen“ ihr arbeiterfreundliches Herz wieder höher anklagen; jetzt erfahrt man auch sie wieder die dringende Notwendigkeit der Gewerkschaften der Arbeiter an; sie gründeten wieder christliche Gewerkschaften und als erste den Gewerbeverein christlicher Bergleute.

Auf christlicher Seite, das zeigt dieser Abschnitt der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung mit nicht zu verhüllender Deutlichkeit, wurde das Interesse für die christliche Organisation der Arbeiter auf christlicher Basis erstmals ausgeprägt, als die Arbeiter zum Klägerbewußtsein erwachten, sich zu Organisation zusammenzuschließen begannen; es entschließt, als unter dem Ausnahmegesetz die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen zu Boden gedrückt waren; und es wurde erst wieder rege, als nach Fall des Ausnahmegesetzes die Gewerkschaftsbewegung sich wieder aufzustellen und machtvoll zu entfalten begann. Dies zeigt auf das Deutlichste, daß eben alles andere als die Sorge um das Wohlergehen der Arbeiter die Herren Christlichen zur Gründung christlicher Gewerkschaften veranlaßte. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliche Grenzstreitigkeiten.

Die Grenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Gewerkschaften, die eine Regelung auf dem Gewerkschaftscongres ersuchen sollten, sind durch die Interpretation, die Bönniburg der Resolution Büsse gab, innerlich nicht beendet. Wie größere Organisationen bereit sind im weitesten Sinne Toleranz zu üben, d. h. sie werden wie wir mit der Auslegung der Resolution Büsse wie sie Bönniburg gab, einverstanden sein, so werden höchstens die Branchenorganisationen in der Metallindustrie nun die Resolution Büsse auch im modernen Sinne deuten.

Mit der Resolution Reihe I sollte auch keine Form aufgestellt werden, sondern sie sollte mir zeigen — was Niemand bestreiten wird — daß in der in der Resolution gezeichneten Richtung die Entwicklung der Industrie erfolgt und infolgedessen auch die Zusammenfassung der Arbeiter verwandter Branchen in Industrieverbänden die vorliebhabende Organisationsform für die Arbeiter ist. Das wir ferner nicht an eine auf die Dauer bestiedigende Ab-

grenzung des Wirkungskreises der einzelnen Organisationen gedacht haben, geht ohne weiteres aus dem Absatz 2 der Resolution Reichel hervor. Hier ist ausdrücklich gesagt, daß man nicht schablonieren will, was auch mir Nachtheile haben würde. Kein einziger der Delegirten des Metallarbeiterverbandes stand aus dieser Ansicht heraus auf dem Standpunkt unserer Münchener Kollegen, der in dem Antrag 40 präzisiert war: „Die Lokal- und Branchen-Dentalverbände werden angewiesen, sich den Industrieverbänden anzuschließen, reip sich zu solchen zu verschmelzen. Die Generalkommission wird beauftragt, im Sinne dieses Beschlusses vorzugehen.“ Es ist daher auch ungerecht, wenn nicht böser Wille, daß man dem Metallarbeiterverband nachredet, er sei intolerant gegen die kleinen Berufsorganisationen. Wir geben nachstehend die Begründungen der einzelnen Anträge wieder.

S u d o l p h - Nürnberg: Nach der Geschäftsordnung der Generalkommission sind die Aufgaben der Generalkommission unter anderem: Die gewerkschaftliche Agitation, namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Bezirken, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluß kleiner, eingeschränkter Verbände und Lokalorganisationen zu lebensfähigen Zentralverbänden anzurecken. Die Berufsverbände, mit denen wir zu thun haben, wollen aber auf Kosten des Metallarbeiterverbandes leistungsfähig gemacht werden. Das geht aus der Interpretation der Resolution Büsse hervor, wie sie beliebt wird von den speziell für uns in Betracht kommenden Berufsverbänden. Diese Resolution hat eine Auslegung erfahren, wie sie weder vom Antragsteller noch dem größten Theile der dafür stimmbenden Delegirten gedacht war. Unsere Delegirten hätten unter keinen Umständen für diese Resolution gestimmt, hätten sie auch nur entfernt eine derartige Auslegung geahnt. Wir beantragen darum die Aufhebung der Resolution Büsse, denn die beliebte Auslegung derselben hat die Streitigkeiten statt vermindert nur vermehrt. Die Feierberieen nehmen kein Ende. Jetzt geht das Verlangen der Gräbeure, Schmiede usw. gar schon so weit, daß wir weder Gräbeure noch Schmiede nicht nur aufnehmen sollen, sondern ihnen auch die aus diesen Berufen und Unternehmen überweisen sollen. Sicher der Gipfel der Bescheidenheit, zumal wenn man bedenkt, daß unsere Organisation aus den genannten Berufen ebenso viel, wenn nicht mehr Mitglieder hat. Wir haben uns schon häufig mit der unsauberer Agitation unserer Konkurrenzorganisationen beschäftigt müssen. Ich befürde mich heute in derselben unangenehmen Lage. Wir haben in Nr. 24 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ über die Leistungsfähigkeit der Metallarbeiterberufsorganisationen im Bereichsitz zu den Leistungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes Zahlen gebracht, die dem „Correspondenzblatt“ entnommen waren. Nun wurde auf dem Kongress ein Auszug aus dem Verbandsorgan der Gräbeure verteilt, in dem in der unüblichen Weise die „Metallarbeiter-Zeitung“ und unsere Verbandsleitung angegriffen wird, trotzdem sollden die gebrachten Zahlen falsch sein, es Schuld des Vorstandes der Gräbeure ist. Heute mutet man uns zu, die uns zu gehörenden, für die auch Berufsorganisationen bestehen, diesen Berufsorganisationen zugutezuweisen. Man will auf Kosten des Deutschen Metallarbeiterverbandes diese kleinen Organisationen lebensfähig machen. Gegen diese zünftlerischen Bestrebungen machen wir Front. (Der Redner wird vom Vorsitzenden unterbrochen, da die Redezeit abgelaufen.)

S a u p e - Magdeburg begründet den Antrag Bürger. Die ganze Debatte wäre überflüssig, wenn wir die Halberstädter Beschlüsse innegehalten hätten. Wäre es wahr, daß man die Verbreitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hindern will, so würde ich empfehlen, die Resolution Büsse aufzuheben. Es ist aber nicht wahr. Die Erfahrung spricht nicht dafür, daß man sich so sehr beeilen soll, die verwandten Berufe zusammenzuschließen. Wären die Bauarbeiter mit den Maurern zu einem Industrieverband verschmolzen, so hätten sie sich wahrscheinlich nicht ausbreiten können, wie es der Fall ist. Der Metallarbeiterverband hat in 7 Jahren um 200 Prozent zugewonnen, der Holzarbeiterverband um 140, die Maurer um 400 und die Bauarbeiter um 375 Prozent, und ähnlich ist das Verhältnis bei den Zimmerern. Sie sehen also, daß Branchenverbände bessere Erfolge haben als Industrieverbände. Der Vorredner hat auf den Formerverband hingewiesen. Das ist aber noch kein Beweis, daß es auch den anderen kleinen Verbänden so gehen wird. Die Resolution Büsse spricht klar und deutlich aus, bis zu welchem Grade eine Organisation Anhänger anderer Berufe aufzunehmen darf, und im Leitbild der Holzarbeiter sind darüber ganz klare Angaben enthalten. Meinem Vorredner scheint der Zusammenschluß in Industrieverbänden zu langsam zu gehen, und daß man etwas nachhelfen. Ich bin selbst der Meinung, daß wir im Laufe der Zeit zu Industrieverbänden kommen, aber man lasse der Entwicklung freien Lauf und agitire nicht in unlauterer Weise. Wir haben doch keinen Grund, uns Mitglieder wegzunehmen, es bleibt noch genug zu thun, bis alle Arbeiter organisiert sind. Von den Metallarbeitern sind doch erst 20 Prozent organisiert. Es scheint, als ob man absichtlich die Beamten nicht informirt, wie sie zu handeln haben. Wäre das der Fall, so würde Manches vermieden. Die Werbung der Mitglieder grenzt vielfach an unlauterer Wettbewerb, die jüngeren Mitglieder richten sich nicht nach den Beschlüssen. Im Interesse der Organisation kann ich Sie nur bitten, die Resolution Bürger anzunehmen. Dann bleibt Ruhe in der Organisation, und es wird Niemand dabei zu kurz kommen.

Den Antrag des Metallarbeiterverbandes (Zahlstelle Berlin und München) begründet

C o h e n - Berlin: Daß die Verwaltungssäule Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Antrag stellte, die Resolution Büsse aufzuheben, ist durch die Gräbeure in Berlin veranlaßt. Wir haben in Berlin mit allen Organisationen in höchstem Frieden gelebt. Streit um die Form der Organisation hatten wir nicht. Unser erstaunter war ich, als mir eines Tages von der Organisation der Gräbeure ein Brief zuging, worin mir, unter Hinweis auf die Resolution Büsse, Vorwürfe gemacht wurden, daß wir Gräbeure in den Deutschen Metallarbeiterverband aufgenommen hätten. Da die Resolution uns

das gar nicht verbietet, wie ein Blick in das Protokoll des Frankfurter Kongresses zeigt, mußte ich annehmen, daß hier das Gleiche vor sich ging, wie in anderen Städten von den Schmieden versucht war. Unmöglich könnten wir annehmen, daß der Zweck der Resolution Busse so vollständig unüberstanden sei, und blieb uns nichts weiter übrig, als anzunehmen, daß hier mit der Resolution Busse Mißbrauch getrieben werden sollte. Wir glaubten dem am besten befreit zu können durch unseren Antrag, um dessen Annahme ich Sie ersuche.

B r ü c h e r - Berlin begründet den Antrag des Verbandes der Graveure. Einen ähnlichen Antrag haben wir bereits 1899 eingebrochen, aber er wurde gar nicht zur Debatte gestellt. Auch die Resolution Busse besagt eigentlich nichts Anderes. Daß der Verband der Graveure und Ziseleure Mitglieder des Metallarbeiterverbandes aufnimmt, ist nicht der Fall; der Graveur ist doch nicht nur Metallarbeiter, er arbeitet auch in anderen Branchen; so gibt es Graveure, die jahraus jahrein Edelsteine schneiden. Mit demselben Rechte, wie der Metallarbeiterverband die Graveure für sich in Anspruch nimmt, könnte er auch Mitglieder andere Berufe beanspruchen. Ein Irrthum ist es auch, zu glauben, daß wir Gold- und Silberarbeiter aufnehmen, nein, wir haben uns stets nach der Resolution Busse gerichtet und Gold- und Silberarbeiter dem Metallarbeiterverband überwiesen. Die Verwaltungskosten und die Kosten für das Verbandsorgan sind nicht so hoch wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ behauptet. Wie kann man sagen, unsere Organisation ist existenzfähig? Wir sind auch keine Konkurrenzorganisation, wir beanspruchen nur diejenigen, die zu uns gehören. Nach unserem Statut gelten als Graveure und Ziseleure Elsenbein-, Edelstein-, Glas- und Holzgraveure, Emailleure, Fässer, Guillocheure, Kupferstecher, Medailleure und Stempelschneider. Wir haben also eine ganz genaue Abgrenzung getroffen. Würde sich der Metallarbeiterverband etwa darauf einlassen, eine Werftstättung abzuhalten, wenn in der Werkstatt nur zwei Kollegen thätig sind? Wir haben zu rechnen mit Werkstätten, wo zwei bis vier Kollegen thätig sind. Warum versucht denn der Metallarbeiterverband nicht, diese Kollegen in Euhl zu organisieren? Die Hauptfrage ist doch, daß alle Arbeiter organisiert werden. Da sollen wir uns gegenseitig keine Schwierigkeiten bereiten. Daß wir eignungsfähig sind, haben wir bewiesen, und der Metallarbeiterverband thäte gut, die Graveure, die sich bei ihm anmelden einfach uns zu überweisen. Dann würden wir in Ruhé und Frieden leben. Wir haben nach der Betriebszählung etwa 4074 Kollegen zu organisieren. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Die Resolution Busse ist von uns richtig, aber von den größeren Verbänden falsch ausgelegt worden und wir haben stets darnach gehandelt. Ich verstehe nicht, wie die Vertreter des Metallarbeiterverbandes anderer Meinung sein können.

R e i c h e l - Stuttgart begründet die Resolution Brett Schneider. Bei der Gründung des Metallarbeiterverbandes gingen wir von der Ansicht aus, daß sich die Organisation an die gegebenen industriellen Verhältnisse anpassen müsse. Die für unsere Organisation in Frage kommende höchstentwickelte Metallindustrie bedingte daher die Gründung des Metallarbeiterverbandes. Finden wir doch in den großen Betrieben der Metallindustrie die mannigfachsten Gewerbearten, als da sind Schlosser, Dreher, Formar, Schmiede usw., zur gemeinsamen Gütererzeugung vereinigt. Sie unterliegen alle gleichmäßig derselben Fabrikordnung, derselben Arbeitszeit. Mehr oder minder ist auch die Entwicklung die gleiche. Aus diesen ökonomischen und sozialen Zuständen in der Metallindustrie ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamer Vorgehens im wirtschaftlichen Kampfe. Unser Verband hat — anfänglich mit Schwierigkeiten kämpfend — im Laufe der Jahre doch eine achtunggebietende Stellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung errungen. Die geschicklichen Ereignisse haben unsere Auffassung über die Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform bestätigt. Damit will ich aber keineswegs die Verallgemeinerung dieser Grundsätze ausgesprochen haben. Meine Resolution spricht ausdrücklich nur von den Arbeitern „großer Industrien“. Wenn ich sagte, daß die Ereignisse uns recht gegeben haben, so wird dies durch den Anfluß des Goldarbeiterverbandes und des Formarverbandes bestätigt. Noch deutlicher geht dies aus den Feststellungen der Gewerbeaufsicht her vor. Ein ungemein interessantes Material. Dort heißt es über die Großindustrie im Allgemeinen: Namenslich das Personal der Großindustrie rekrutiert sich aus den Angehörigen der verschiedenen Berufe, die in dem einzelnen Unternehmen zu dauernder Produktionsgemeinschaft vereinigt sind. Die Verschiedenheit in der Zusammensetzung des Personals wird immer größer, je mehr die Großunternehmung sich entfaltet, je mehr dabei verschiedene Handwerke zu einheitlichen Produktionsanstalten organisiert werden, wie in der Waggonbauanstalt oder der Möbelfabrik, je mehr es die Großunternehmung angezeigt findet, die mannigfachste Handwerkssatzung, die sie für ihren Betrieb häufig und regelmäßig braucht, in eigenen Räumen verrichten zu lassen. Dieses Urtheil ist durchaus zutreffend. Es zeigt uns den gegenwärtigen ökonomischen Zustand der Großindustrie. Besonders ist es die Maschinen- und Metallindustrie, die zu den entwicklungsfähigsten Industrien Deutschlands gehört. Beträgt doch die Verwendung der Arbeiter der eigenen Gewerbeart in der Maschinenindustrie durchweg weniger als die Hälfte des gesamten Arbeiterspersonals, in den Mühlenbauereien sogar nur 18,6 Proz., in den Waggonbauanstalten 19,4 Prozent, in den Geschützgießereien 10,4 Prozent. Die Arbeitsbeschaffung ist in der Metallindustrie am schwächsten entwidelt. Dies wird in der Gewerbeaufsicht mit folgenden charakteristischen Worten konstatiert: „In der Maschinenindustrie erscheint nicht nur blos die Arbeitsvermittlung sehr stark entwickelt, sondern auch die persönliche Arbeitsbeschaffung, sobald der durch die Statistik gegebene Einblick in das innere Gelehrte dieser Unternehmungen besonders werthvoll und instruktiv ist.“ In einem Eisenhütten- und Stahlwerk kommen folgende Berufe in Betracht: der eigenen Gewerbeart 609, mit sonstiger Beschäftigung 144, sogenannte betriebsfremde Arbeiter 904. Unter diesen letzteren sind 340 Eisenegießer, 125 Schmiede, 127 Schlosser, 121 sonstige Maschinenarbeiter. Die Verwendung von Metallarbeitern als betriebsfremde Arbeiter zeigt folgendes Bild:

Schlosserei	54,4 Prozent
Grob- und Gußmiede	31,9 "
Metallobarbeiten	30,9 "
Graveure	49,8 "
Klemperer	15,9 "
Dagegen bei den	
Maurern	5,2 Prozent
Zimmerern	10,2 "
Malern	9,9 "
Tischlern	1,0 "

Diese letzteren Zahlen zeigen sofort, daß für die Maurer, Zimmerer, Maler usw. die Organisationsform eine ganz andere sein kann, wie bei den Metallarbeitern. Eines schlägt sich nicht für Alle. Jeder Beruf muß seine Organisation, wie es ihm die industriellen Verhältnisse gebieten, einrichten. Für die Metallarbeiter kann der Industrieverein nicht preisgegeben werden. Was hätte es für einen Sinn, die in ein und demselben Betrieb beschäftigten Schlosser, Dreher, Formar, Schmiede in besondere Branchenorganisationen zusammenzufassen. Ein geschlossenes, einheitliches Handeln wäre völlig unmöglich. Nur Streit und Zwietracht würde damit in unsere Bewegung hineingetragen werden. Ich erinnere auch daran, daß die Unternehmer der Metallindustrie ohne Rücksicht auf die Betriebsart vereinigt sind. Es sind die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung. Sie auf denselben Wege zu belämpfen, liegt im allgemeinen Interesse der Arbeiterschaft. Deshalb halten wir auch davon fest, daß wir alle Metallarbeiter aufnehmen dürfen. Von 117,105 gezählten Schmieden sind in der Schmiederei nur 74,468 und 42,637 in verschiedenem Gewerbe beschäftigt. Die Regelung der Grenzstreitigkeiten ist unmöglich. Schon beim ersten Versuch wird dies klar. Nehmen wir die Buchdrucker an. Die in diesem Verband beschäftigten Schriftgießer sind ohne Zweifel Metallarbeiter. Wir würden sie für den Fall der Regelung der Grenzstreitigkeiten beanspruchen müssen.

A l b r e c h t - Halle erhält das Wort zur Begründung des Antrages der Schneider, spricht aber gegen ihn, da er verlaufen noch nicht durchführbar sei.

M e i c h e - Altenburg begründet den Antrag der Schmiede. Der Antrag will den Organisationen bei der Aufnahme von Mitgliedern, die ihren Beruf und damit ihre Organisation wechseln, vorschreiben, keine Eintrittsgelder zu erheben. Da ist, meine ich, das Mindeste, was man verlangen kann; bei solchen Gelegenheiten soll man die Arbeiter nicht ausbooten.

B i r t h - Dresden zieht den letzten Theil seines Antrages von den Wörtern „der Kongress erkennt“ an, zurück und verzichtet im Uebrigen auf die Begründung seiner Resolution, betreffend Unterstützung der Organisation der Eisenbahner.

B ü r g e r - Hamburg begründet seine Resolution, betreffend gegenseitige Streitunterstützung. Die Resolution entspricht einer Vereinbarung zwischen den Verbänden der Bau-, Transport-, Hafen-, Fabrikarbeiter und Brauer. Es handelt sich darum, den Missbilligkeiten aus dem Wege zu gehen, die so leicht bei Streits entstehen, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind. Der Wortlaut der Resolution liegt Ihnen ja vor, und ich brauche also den Stand nicht erst zu erläutern. Wir haben seitens seitens das Hamburger Gewerkschaftsamt aufgefordert, zu der Vereinbarung Stellung zu nehmen; dieses lehnte das aber im Hinblick auf den bevorstehenden Kongress ab. Ich habe das auch für vollkommen richtig gehalten. Nehmen Sie unsere Resolution an; ich glaube, sie ist der beste Weg, um Differenzen vorzubeugen.

Vorsitzender E g e l e n: Damit sind die Begründungen der Resolutionen und Anträge erledigt. Ich möchte auf eines aufmerksam machen: Sie werden mit mir die Empfindung haben, daß wir uns in Bezug auf alle diese Fragen in einer Situation befinden, aus der wir einen eingeräumten Anschluß nicht finden können. Wir können zehn Stunden diskutieren — es sind dreißig Redner gemeldet —, wir können zehn Tage diskutieren, und werden uns genau an denselben Punkte befinden, an dem wir angefangen haben. Das liegt in der Natur der Sache. Auf dem letzten Kongress hatten wir dieselben Debatten; damals erhielt die Generalkommission den Auftrag, eine Konferenz der beteiligten Branchen einzuberufen; diese tagte zwei Tage, und obgleich es sich da nur um einen engeren Kreis handelte, konnten am Ende keine Beschlüsse gefasst werden, sondern ich konnte als Vorsitzender mir erklären: Offiziell trägt diese Aussprache dazu bei, daß mehr Toleranz geübt wird auf diesem Gebiet. (Sehr gut!) Sie können darüber keine Bestimmungen treffen. Wir haben Ihnen seitens der Generalkommission einen Anschluß aus der Statistik gegeben, aus dem hervorgeht, wie ungeheuer die Verdichtung der Arbeitskräfte in den einzelnen Branchen ist. Am Schlusse dieser Arbeit schrieb ich: Wir hoffen bestimmt, daß diese Zahlen und Thatsachen dazu beitragen werden, daß mehr Toleranz geübt wird. Es hat nichts genügt, heute haben wir die alte Debatte mit demselben Ergebnis. Warum? Die Vertreter der Organisationen halten sich für verpflichtet, alle diese Einzelvereinigungen, denen Sie wahrscheinlich, wenn Sie die Vorgänge genauer kennen würden, keine so große Bedeutung beilegen würden, hier zu vertreten. Ich kann nach meiner langjährigen Erfahrung auf diesem Gebiet sagen, daß nach meiner vollen Überzeugung die Diskussion über die ganze Angelegenheit uns nicht zum Ziele führen wird. Es muß als ausgeschlossen gelten, daß diese 30 Redner zu Worte kommen; wir können doch nicht die ganze Nacht tagen. Nun, meine ich, ist es jedenfalls der beste Ausdruck der Toleranz, daß der Kongress, nachdem wir die Begründung gehabt haben, nun mit der Angelegenheit Schlüß macht. (Zustimmung.) Das Bureau hat sich darüber nicht geäußert, aber ich persönlich schlage Ihnen vor, keine Diskussion einzutreten zu lassen. (Zustimmung.)

B r e n - Hannover (zur Geschäftsordnung): Ich kann dem Vorsitzend Legiens durchaus nicht zustimmen. Auch ich glaube, daß wir uns nicht einigen werden, aber viele glauben das nicht, und dann müssen wir den Nachweis liefern, daß sich Täuschungen hingeben; sonst haben wir auf dem nächsten Kongress dieselbe Debatte. Deshalb bitte ich, zunächst, bis ein Schlußantrag kommt, in die Debatte einzutreten.

Der Kongress nimmt den Vorschlag Legiens an, keine Diskussion einzutreten zu lassen.

B r ü c h e r - Berlin beantragt, über alle Anträge, mit Ausnahme der Resolution Wirth, zur Tagesordnung überzugehen.

Entsprechend diesem Antrag nimmt der Kongress die Resolution Wirth — mit Ausnahme des zurückgezogenen letzten Theiles, von den Wörtern „Der Kongress erkennt“ an — an und geht im Uebrigen über alle Resolutionen und Anträge zur Tagesordnung über.

Arbeitersekretariatsberichte.

Eine Anzahl Jahresberichte von den für die Arbeiter, von Arbeitern selbst geschaffenen Arbeiterssekretariaten für das abgelaufene Geschäftsjahr 1901 liegt uns vor. Das älteste Arbeiterssekretariat, **Nürnberg**, ist in der Lage, schon den 7. Jahresbericht zu veröffentlichen. Was gerade dieses Sekretariat, das den später etablierten Sekretariaten zum Vorbild diente, seit seinem Bestehen geleistet hat, haben wir schon in früheren Jahren lobend erwähnt. Das Nürnberger Sekretariat wurde im Jahre 1901 von 16,589 Personen in Anspruch genommen. Die Auskünfte bezogen sich hier, wie bei den anderen Sekretariaten, auf die verschiedensten Gebiete des Arbeiterschutzes, Armutshilfe, Löhndifferenzen, Heimathserwerbung, Bürgerrecht, Erwerb der Staatsangehörigkeit, Bauarbeiterrecht usw. Neben die gewerkschaftliche Bewegung in Nürnberg enthält der Bericht neben einer Tabelle über den Mitgliedsstand und die Lohnverhältnisse kurze Notizen über die einzelnen Organisationen. Über den Metallarbeiterverband enthält der Bericht folgende Angaben, die unsere Leser interessieren dürften:

„Im Metallarbeiter-Verband sind einige Veränderungen in Bezug auf die Organisationsform zu verzeichnen. Die Mitglieder des Zentralverbandes der Formar traten zum Deutschen Metallarbeiter-Verband über, die Section der Schleifer und Polier hat das Kassenwesen mit dem der Allgemeinen Verwaltungsstelle verschmolzen. Die in Nürnberg abgehaltene Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat den einzelnen Sections nahe gelegt, eine Verschmelzung des gemeinsamen Kassenwesens anzubauen. bisher haben sich die Sections, mit Ausnahme der Schleifer und Polier, diesen Anregungen gegenüber ablehnend verhalten. Der Mitgliedsstand hat sich so ziemlich auf gleicher Höhe erhalten, obwohl durch die umfangreichen Arbeitersklasseungen viele Arbeiter gearbeitet waren, Nürnberg zu verlassen. Die freiwilligen Auszüge traten nicht so zahlreich wie im Vorjahr, der Mitgliedsstand stieg, Einschreibungen, die wohl auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen sein dürften. Kleine Lohnreduktionen und Verkürzungen der Arbeitszeit traten sich viele Metallarbeiter gefallen lassen, obwohl der Verband alles versucht, den Lohnkürzungen entgegenzutreten; teilweise fanden dieselben auch abgewehrt oder hinausgeschoben werden. Die in den letzten Jahren erzielten Errungenschaften wurden im Großen und Ganzen aufrecht erhalten.“

Die **F e i n g o l d i c h l a g e r** hatten mit den schlimmsten Verhältnissen zu kämpfen, eine große Anzahl Arbeitslose, 4—5 stündige Arbeitszeit, oder mehrere Feiertage in der Woche, das war die Signatur in dem Gewerbe, das übrigens schon vor der allgemeinen Krise schwer zu kämpfen hatte. Am Schlusse des Jahres hatte das Gewerbe, wie immer, einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen. Die Tarifverhandlungen konnten im Feingoldschlagergewerbe nicht zum Abschluß gelangen, da immer im entscheidenden Moment die Prinzipale, durch irgend einen Vortwand, die Sache herauszuziehen wußten. Bis zum Anfang des Berichtsjahrs bestand in allen Betrieben eine 14-tägige Kündigung, die Prinzipale erliegen eine Bekanntmachung, wonach ihrerseits vom 2. Februar ab das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst werden kann. Die Arbeiter und Arbeiterrinnen versuchten diesen Schlag abzuwehren, jedoch ohne Erfolg. Arbeitseinstellungen fanden in vier Betrieben statt und konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Die Verabschaffung zu diesen Arbeitseinstellungen waren Lohnreduktionen. An die arbeitslosen ausgesteuerten Mitglieder wurden nahezu 4000 M., darunter 1100 M. nach Schwabach ausbezahlt. Der ganze Betrag wurde von den Mitgliedern der Section durch freiwillige Beiträge aufgebracht. In einer Petition an den deutschen Reichstag und an die bayerische Abgeordnetenkammer protestierten die im Feingoldschlagergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterrinnen gegen die Erhöhung der Eingangsölze auf Blattgold.

Die **R e i c h z e i g m a c h e r** hatten im Allgemeinen einen guten Geschäftsgang zu verzeichnen; nur in einigen Geschäften erfolgten wegen Mangel an Arbeit Entlassungen; um weiteren Entlassungen vorzubeugen, fanden in verschiedenen Werkstätten Arbeitseidertätigungen statt.

Die **F o r m e r** haben durch den Streit im Jahre 1900, der sich zum Theil auch auf das abgelaufene Jahr erstreckte, einen ständigen Rückgang in ihrem Mitgliedsstand zu verzeichnen; viele Mitglieder mußten abreisen, unter den noch vorhandenen Mitgliedern trat eine allgemeine Entmuthigung ein, eine Erscheinung, die nach einem solch hattnächtig geführten Proteststreik in Nürnberg, nur zu leicht erklärt ist. Erst am Schlusse dieses Jahres nahm die Section wieder energischer ihre frühere Tätigkeit auf.

Eine umfangreiche Tätigkeit wurde von der **Allgemeinen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes** entfaltet. Zahllose Werkstatt- und Bezirksversammlungen wurden abgehalten, um die indifferenten Metallarbeiter dem Verband zuzuführen, der gewünschte Erfolg wurde jedoch nicht erzielt, denn vielfach wurden die Erklärungen gemacht, daß die Vortragsreden an Diejenigen gerichtet wurden, die bereits dem Verband angehören, während Diejenigen, für die die Agitationssreden bestimmt waren, den Versammlungen fern geblieben sind. Um nun auch die leichtgenommenen für den Verband zu gewinnen, machte die Verwaltung Verträge mit der jüdischen Agitation. Über die hierbei erzielten Erfolge liegen Angaben noch nicht vor, doch steht jetzt schon fest, daß diese Agitationssform die beste sei.

Herranziehung der indifferenten Kollegen ist. Durch die Arbeitserlassungen bei der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, vormals S. Schuckert, wurden viele Metallarbeiter gezwungen, abzutreten; der Mitgliederstand hat sich trotz der umfassenden Agitation um 205 Mitglieder verringert. In vielen Fällen mußten Verhandlungen eingeleitet werden, um geplante Lohnreduktionen abzuwenden.

Der Bericht des Künzberger Arbeiterschaftsrats enthält weiter den Jahresbericht des Gewerkschaftsrates, des Volkshausvereins, Angaben über die Gründung eines Konsumvereins, über Kohleneinkauf durch Vermittlung des Gewerkschaftsrates, die Tätigkeit des Gewerbege richts als Einigungsamt, den Bericht der Arbeiter-Bevölkerungsbehörde für das Jahr 1901. Ferner enthält der Bericht Angaben über die Tätigkeit des städtischen Arbeitsnachweises (Streitbrecher-Nachweissbüro) und über Erhebungen im Mühlengewerbe. Sodann erfaßt die reaktionäre Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Nürnberg eine trittliche Schilderung. In einem Anhange sind die Ergebnisse der am 19. Januar 1902 vom Gewerkschaftsrat vorgenommenen Arbeitslosengähnung ausführlich niedergelegt. Der Bericht, der über 100 Seiten umfaßt, gelangt an Gewerkschaftsmitglieder für 10 Pf. zur Abgabe.

(Fortsetzung folgt.)

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Auf dem Eisenmarkt hat sich eine hoffnungsvollere Beurteilung nicht halten können; Schlesien und die Rheinlande werden in gleicher Weise von der „Auslosigkeit“ niedergedrückt. Die fortwährende Ausfuhr, schreibt Schippel in der Wirtschaftsbl. Rundschau, hatte die Lager gelichtet und die Händler zu neuen Kaufen bei den Werken angeregt; die Hoffnungen auf das Handelsjahr beleben die Spekulation und die Produktion eine Zeit lang, bis man bereits nach kurzer Frist den tatsächlichen Bedarf wiederum weit überschritten sieht. Die Erzeugungsfähigkeit der Eisen-Industrie ist im letzten Jahrzehnt so rasch gestiegen, daß kleine günstige Zufälle nur ein Erosion auf dem heißen Stein sind. Der Ende Mai erschienene Jahresbericht der Saarbrücker Handelskammer für 1901 erging sich darum auch in den trostlossten Betrachtungen: "Seit den kritischen Zeiten in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat die deutsche Eisen- und Stahl-Industrie kein solch ungünstiges Geschäftsjahr zu verzeichnen gehabt wie das Berichtsjahr. Um die Betriebe — bei immerfort anwachsenden Lagerbeständen — vernögt aufrecht zu erhalten, blieb ihren Besitzern nichts Anderes übrig, als den weit aus größten Theil ihrer Produktion auf den Weltmarkt zu werfen; so wurden von den Hüttenwerken in einigen Monaten bis zu 80 Prozent der Gesamtproduktion ins Ausland exportiert, und zwar zu verlustbringenden Preisen. Gleichzeitig entbrannte um die Industriebestellungen ein solcher Konkurrenzkampf, daß nicht selten die Industriepreise auf das Niveau der Exportpreise herabgedrückt wurden. Die Preise fielen von Quartal zu Quartal stetig. Nach den jüngsten Erhöhungen, welche die deutsche Eisenindustrie in den beiden letzten Jahren zu bestehen hatte, wird dieselbe sich im Interesse ihrer Selbsthaltung nicht der Notwendigkeit überheben können, die Produktion einer, Industriabsatz und Ausfuhrmenge andererseits in richtige Bahnen zu leiten. Sodann die Thatfrage, daß die Industrieproduktion Deutschlands in der kurzen Spanne Zeit von 1895 bis 1900 stetig von etwa 5% auf 8% Willkommen gesteigert worden ist, sollte die Erwagung nehe legen, daß mit einer solchen Vermehrung der Produktion Verbrauch und Absatz auf die Dauer nicht Schritt halten können. (?) Hierzu kommt, daß in Lothringen neuerdings Hüttenwerke mit umfangreichen Anlagen entstanden sind, welche die Produktion noch ganz erheblich zu vergrößern im Stande sind. Unter solchen Umständen liegt die Gefahr nahe, daß Überproduktion und Krisis häufig wiederkehrende Erscheinungen in der Eisenindustrie werden." Für „meine Handelskammer“, wie schreibt v. Stamm sich auszudrücken liebt, ist das eine recht bittere Kritik der herrschenden Wirtschaftssituation.

Doch jedoch auch anderwärts nicht alles Gold ist, was glänzt oder doch demaleinst glänzte, ergab die Anfang Juni abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der District Union. Ein Aktionsrat meinte, bei der Union seien mindestens ebenso viele Millionen verloren gegangen wie bei der Leipziger Bank und der Kasseler Kreisbankrott, und als er die übermäßige Kreditaufnahme seitens der Distriktoffizialität angiff, erwiderte ihm Herr v. Hansemann — der gleichzeitig Geschäftsinhaber der Distriktoffizialität und Amtshilfs-Vorsitzender der Union ist — die Kreidre seien nur widerstreitend gegeben worden; wäre das nicht geschehen, so wäre über die Union unvermeidlich der Konkurs bereitgestanden. Nunmehr sucht man durch Abwendung hoffnungsloser Zweigbetriebe zu „jäten“.

Die Elektrizitätsgesellschaften suchen für den entzündeten Industriabsatz nach Möglichkeit Erfolg im Auslande. Das Glück ist ihnen auch zuwenden hold, aber die Konkurrenz der Firmen versiegelt die Preise unglaublich. Ein herausragender Unterschied bemerkte darum zu der Ansicht, daß mehrere große englische Stadtkontrolleuren dem deutschen Kapital übertragen worden seien: „Man sah dieses als einen Beweis, der hohen Werthaltung unserer Elektrotechnik im Auslande aufzuzeigen; man sah darin aber auch einen Maßstab dafür erbliden, wie billig wir geworden sind.“ Zweifellos beweisen solche Ansprüche jedoch die hervorragende Weltstellung der deutschen Elektrizitätsindustrie. So beschloß im vergangenen Jahre die Stadt Manchester, eine eigene große elektrische Zentrale für Licht und Kraft zu errichten und übertrag den maschinellen Theil der Gesamtanlage, bestehend aus den Dynamos, den Kompressoren und der Säureanlage, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin. Ende März dieses Jahres wurde mit dem Aufstellen der Maschinen begonnen und die Arbeiten in einer derartig intensiven Weise gefördert, daß bereits am 1. April, also noch nicht einem Vierteljahr, der Betrieb mit 5000 P. S. in der Hauptstation und mit 2000 Leistungskreisen eröffnet werden konnte. Die Zeitung

wurde seitens des Bürgermeisters in der Eröffnungsrede als ein Westford bezeichnet.

Die deutsche Schiffbauindustrie und der amerikanische Schiffswerkentrust. Die Hamburger Nachrichten veröffentlichten einen längeren Artikel der Firma Blohm u. Voss über den Plan einer Vereinigung amerikanischer Schiffswerften. In demselben heißt es u. a.: „Die jetzt durch die Zeitungen laufenden Nachrichten über den amerikanischen Schiffswerkentrust sind kaum geeignet, die deutsche Schiffbauindustrie bezüglich einer etwaigen Konkurrenz zu beruhigen, abgesehen davon, daß auch die leistungsfähigsten Werften Nordamerikas als diesem Trust angehörig nicht genannt werden. Bisher sind die Preise für in Amerika fertiggestellte Schiffseinheiten noch wesentlich höher als in Deutschland; nur wenn man ein Monopol in diesem Artikel schaffen und sehr hohe Werkspreise erzielen könnte, würde sich ein solcher Trust wohl empfehlen können. Für die Schiffsfahrt, die Stahlindustrie und den Schiffbau ein solches Monopol zu schaffen, ist wohl ziemlich aussichtslos. Das Gedanken der deutschen Schiffbau-Industrie hängt lediglich davon ab, ob es der deutschen Reederei gelingt, der auswärtigen Konkurrenz auf die Dauer erfolgreich zu begegnen. Ist dieselbe im Stande, der deutschen Schiffbau-Industrie regelmäßige Aufträge auszuführen, so wird auch der deutsche Schiffbau erfolgreich konkurrieren können. Natürlich würde sich die deutsche Stahlindustrie darauf einzurichten haben, daß sie, um den Markt für das deutsche Schiffbaumatérial nicht zu verlieren, sich den vielleicht niedrig gestellten amerikanischen Preisen anzupassen hätte. Es ist auch vor Allem darauf zu achten, daß die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands nicht durch eine vorzeitige Verkürzung der Arbeitszeiten und Bewilligung zu hoher Löhne beeinträchtigt und dadurch die Gefahr einer amerikanischen Konkurrenz in Wirklichkeit herausbeschwiegen wird.“

Diese letztere Bemerkung ist albern gerade in der Hinsicht, da den amerikanischen Schiffbauarbeitern — die in der Mehrzahl den Achtschichtentag haben — Löhne gezahlt werden, die doppelt so hoch sind, wie sie den auf deutschen Werften beschäftigten Arbeitern gezahlt werden. Die amerikanischen Werkbesitzer sind der Meinung, daß sie konkurrenzfähig sind und bleiben, weil sie hohe Löhne zahlen. Die bessere Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters bedingt eben die größere Leistungsfähigkeit. Die Blohm u. Voss haben noch nichts gelernt.

Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg, Pommern und Mecklenburg für das 2. Halbjahr 1901.

III.

Die Feststellung des Verlaufs der Krise im Bezirk musste auf einer anderen Grundlage erfolgen, als der erste Bericht sie bot. Die Kollegen in den einzelnen Orten haben mehr Schwierigkeiten bei der Beantwortung allgemein gehaltener Fragen, wie sie im letzten Bericht angegeben sind, (vergl. Nr. 44 der M.-Ztg. vom 2. November 1900), als wenn die Beantwortung der Fragen für jeden einzelnen Betrieb verlangt wird. Aus diesem Grunde habe ich die Fragebögen abgeändert. Es wird nun folgendermaßen verfahren. Auf dem Fragebogen, der die nachstehend verzeichneten Fragen enthält, trage ich selbst — nach der Feststellung der Betriebsstatistik — die einzelnen Firmen ein und fülle die Zahl der am Anfang des Berichts-Halbjahres beschäftigt gewesenen Arbeiter aus, so daß die Ortsverwaltungen leicht nur den jeweiligen Stand der Zahl der Arbeiter bei jeder Firma anzugeben und dazu die anderen Fragen zu beantworten haben. Die Fragen sind die folgenden:

In den nebenstehend bezeichneten Betrieben

Ort	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der
Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter
zu Ende	zu Ende	die									
1901	1901	gebr. Betriebe									
2	3	4	5	6	7	8	9	10			

Hierzu ist dann noch eine „Anleitung zur Auskunfts erhöhung über den Geschäftsgang am Ort“ gedruckt, in welcher eine Probe-Ausfüllung gegeben ist.

Dadurch ist es erreicht, daß diesmal die Antworten in Bezug auf den Geschäftsgang bei weitem präziser und zuverlässiger waren.

Es sind, wie nicht anders zu erwarten war, trotzdem noch lange nicht alle Fragebögen richtig und korrekt ausgefüllt eingegangen. In allen diesen Fällen habe ich dann zunächst auf der Wege des schriftlichen Verlehrts Verständigung und sodann über durch einen (gelegentlichen) Besuch des Ortes und durch Ausprägung des Material zusammengetragen, so daß ich nun wohl behaupten kann, daß das Material, soweit es in unserem Vermögen und in unserer Macht steht, als zuverlässig zu betrachten ist.

Hierzu ist aber keineswegs allein ein Überblick über den Verlauf der Krise erreicht, sondern, weil die Angaben für jeden Betrieb gemacht sind, auch ein, mit der Dauer der Entwicklung immer weitvoller werdendes Material für Werkstätten und Handelsagenturen.

Richtigstend lasse ich nun das wichtigste aus den Tabellen folgen. Für diese Veröffentlichung erscheint mir die Angabe der Zahlen für jeden Ort genügend. Es dürfte zu weisigen, von jeder Firma die Angaben zu machen, und ist schwierig auch wohl kaum das Interesse der Allgemeinheit so groß, daß sich die Ausdehnung der Tabellen in solchem Maße rechtfertigte. Die Angaben beziehen sich nur auf die Großbetriebe, weil es in den meisten Orten nicht möglich war, für die Metallbetriebe alle diese

Angaben zu erlangen. Weiter bemerke ich, daß Berlin bei den Erhebungen nicht mit in Frage kommt, da es nicht zu meinem Bezirk gehört.

Zunächst folgt hier die Angabe derjenigen Betriebe, welche in der Berichtszeit gänglich eingestellt sind.

Ort	Firma	Branche	Gesamt. Betriebe
Brandenburg	W. Jacobi & Co.	Fabrikräder	75
Eberswalde	Bechers	Hüttenwerke	30
do.	Thürmann & Co.	Eisengießerei	30
Frankfurt a. O.	Jolix	Maschinenfabrik	80
Köpenick	C. A. Hermann	Wagenfabrik	15
Lüdenwalde	Ferrum	Eisenwerke	10
Neustadt i. Mdsbg.	Johann Albrecht	Eisenkonstruktion	200
Torgelow	Beigel & Co.	Eisengießerei	50

385

Die nachstehende Tabelle enthält sodann die Angaben der Zahl der Betriebe, sowie der zu Ende Juni und Ende Dezember in den Betrieben beschäftigte gewesenen Arbeiter. Zugleich ist angegeben, wie viele von den Betrieben und Arbeitern noch mehr als 60stündige regelmäßige Arbeitszeit laut Fabrikordnung pro Woche hatten.

Ort	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Betr. der	Mehr als 60stündige Arbeitszeit		
					Ende	Ende	Ende
	1901	Juni	Dezbr.	1901	1901	1901	1901
Brandenburg	14	2915	2612	1	1038		
Cottbus	6	302	274	—			
Eberswalde	6	1424	1424	—			
do.	8	893	859	8	104		
Frankfurt a. O.	14	277	278	1	20		
Köpenick	8	466	446	—			
Lüdenwalde	4	1184	1138	—			
Guben	2	661	661	2	661		
Gubow	11	174	174	8	111		
Güstrow	8	212	204	8	204		
Heegermühle	3	759	759	—			
Köpenick	4	261	249	—			
Koeslin	6	126	137	—			
Landsberg	6	1100	893	3	279		
Lüdenwalde	17	652	678	2	40		
Lübz i. Mdsbg.	3	39	37	2	23		
Neu-Ruppin	8	104	94	1	11		
Rowatives	5	542	379	—			
Potsdam	6	276	276	5	262		
Prenzlau	5	179	262	—			
Rathenow	13	1411	1411	—			
Repp							

Theil die Überstunden geleistet haben, so daß Überstundenarbeit durch flotten Geschäftsgang veranlaßt, so gut wie gar nicht vorkommen sein dürfen!

Dagegen bietet die nun folgende Tabelle ein düsteres Bild von der Einbuße an dem schon so langen Lohn. Sie zeigt zunächst die Zahl der Betriebe, in welcher Arbeitszeitverkürzung vorgenommen wurde, und die Zahl der davon betroffenen Arbeiter. Sodann ist die Stundenzahl (in Hundert-Stunden) angegeben, die diese Arbeiter laut Tarifordnung leisten sollten, und endlich die Zahl der Stunden, welche verloren gingen, ebenfalls in Hundert-Stunden angegeben, und alles auf eine Woche berechnet.

Ortsname	Verkürzte Ur- beitszeit hatten	Zahl d. Stun- den, die in 1 Woche zu leisten waren lt. Tariford- nung (In 100 Std. angegeben)	Zahl der in 1 Woche weniger ge- arbeiteten Stunden (In 100 Std. angegeben)	
				Ar- beit- zei- tver- kür- zung
Brandenburg	5	1443	918	88
Cottbus	3	208	122	32
Görlitz	3	552	381	81
Fürstenwalde	2	65	42	2
Forst	5	97	28	6
Frankfurt	4	221	108	14
Fürstenwalde	1	300	180	54
Gaffeln	1	150	98	8
Guben	2	42	27	6
Güstrow	1	31	20	2
Heegermühle	1	59	35	7
Koepenick	1	35	19	5
Koeslin	1	26	16	1
Landsberg	3	817	594	134
Lübbenwalde	3	92	54	11
Neu-Ruppin	2	25	15	1
Nordwes	1	345	200	45
Potsdam	1	22	13	3
Prenzlau	3	197	130	26
Rostock	1	105	63	8
Schwerin	1	27	16	5
Schwedt	6	117	71	2
Sorau	2	42	25	7
Steglich	2	239	122	49
Stralsund	3	70	42	10
Torgelow	4	227	150	70
Wetzlow	1	286	186	71
Wriezen	1	16	10	2
Wismar	1	85	51	10
	65	5881	3686	755

Bei dieser Aufstellung sind die Orte: Lübz, Rathenow und Neppen ausgeschieden, weil Betriebseinschränkungen nicht stattgefunden haben, und Stettin, weil aus den im ersten Theil dieses Berichts angegebenen Gründen eine zahlenmäßige Feststellung nicht möglich war. Bei dem Vergleich müssen also die Zahlen der Betriebe und Arbeiter dieser Orte ebenfalls ausgeschieden werden. Geschieht dies, so haben wir folgendes Bild:

Um 29 Orten mit 196 Betrieben, welche 14,648 Arbeiter beschäftigen, haben 65 Betriebe mit 5881 Arbeiter die Arbeitszeit verkürzt. Das heißt: 40 Prozent der beschäftigten Arbeiter litt unter verkürzter Arbeitszeit. Diese 5881 Arbeiter hätten in einer Woche 368,600 Arbeitsstunden leisten müssen, haben aber 75,500 Stunden eingebracht = 24,8 Prozent ihrer Arbeitszeit — also ihres schon so färglichen Lohnes! Das ist das Resultat für eine Woche berechnet. Wie viel Wochenlang diese verkürzte Arbeitszeit angedauert hat, ist mit Sicherheit mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln nicht festzustellen. Man schätzt nicht zu hoch, wenn man durchschnittlich (nach den mir gemachten Angaben) etwa 18—20 Wochen im Halbjahr rechnet.

Dabei ist das Bild noch nicht vollständig. Wie ich oben bemerkte, ist auf dem "Balkan" in Stettin das ganze Berichts-Halbjahr verkürzte Zeit gearbeitet worden, und zwar fast von der gesamten Arbeiterschaft. — Diese Thatache, zahlenmäßig festgestellt, würde das Bild noch bedeutend verschlechtern.

Nun zu den Lohnreduktionen. Hier sei vorweg bemerkt, daß bei Weitem nicht alle Abzüge vom Stundenlohn oder von den Akkordsätzen angegeben werden können. Das wird klar, wenn man daran denkt, daß zwar alle Betriebe und die Zahl der beschäftigten Arbeiter schließlich ohne zu große Schwierigkeiten zu ermitteln sind, aber die Auskunft besonders über die Lohnhöhe von den so sehr schwankenden indifferenten Arbeitern vielfach gar nicht zu erlangen ist. Hier wird eine annähernde Vollständigkeit erst erreicht werden, wenn unsere Organisation überall hat Eingang finden können. Was also an Abzügen von den Lohn- und Akkordsätzen hier angegeben ist, ist eben der Bruchteil der wirklich gemachten Abzüge, der zur Kenntnis der Ortsverwaltungen in den nachstehenden Orten gekommen ist.

Ort	Abzüge von dem Lohn resp. Akkord wurden gemacht	
	Zahl der Betriebe	Zahl der davon betroff. Arbeiter
Brandenburg	1	122
Cottbus	1	144
Fürstenwalde	1	10
Frankfurt a. O.	2	53
Fürstenwalde	1	94
Gaffeln	1	243
Guben	1	25
Heegermühle	3	759
Landsberg	1	580
Lübbenwalde	1	10
Rostock	1	875
Sorau	1	30
Torgelow	8	450

Diese Zahlen stellen nicht nur eine Ergänzung des Bildes des Glends dar, welches die Verkürzung der Arbeitszeit ergab, sondern sie sind auch sonst überaus lehrreich: vorgetragen, wo die Kollegen trotz unablässiger Agitations- und Auflösungsarbeit entweder überhaupt nicht zur Organisation zu haben waren, oder wieder ausgetreten sind. Die Lohnabzüge sind eben die Quittung der Unternehmer für die braven, artigen Kinderchen, die von den bösen Organisationen nichts wissen wollen. Wie für uns zu haben war die große Mehrzahl der Kollegen in Gassen, Heegermühle, Frankfurt, Fürstenwalde und Landsberg. In letzteren beiden Orten hat sich der namentlich in Landsberg so starke Gewerbeverein als ganz unsfähig erwiesen. Der Organisation den Rücken gelehrt haben die Kollegen in Cottbus und Torgelow.

Wenn man das Ergebnis der Feststellung der Krisenwirkung zusammenfassen will, so darf man die für die erste Hälfte des Jahres 1901 veröffentlichten Zahlen nicht außer Acht lassen. Die Erhebungen sind zwar diesmal zuverlässiger, sie umfassen auch eine weit größere Anzahl Betriebe und Arbeiter, aber die Unzuverlässigkeit der damaligen Erhebungen ist wesentlich nur eine Unvollständigkeit, stellt also nicht etwa Dinge dar, die nicht wirkliche Ereignisse sind.

Im ersten Halbjahr 1901 waren wegen vollständiger Betriebsentstehung 176 Arbeiter entlassen worden, diesmal 385, das ergibt für das ganze Jahr 561. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurde im ersten Halbjahr noch von 976 gemacht, im zweiten Halbjahr ist diese Zahl trotz größerer Vollständigkeit der Erhebungen auf 712 zurückgegangen. Verkürzte Arbeitszeit hatten im ersten Halbjahr 4748, im zweiten 5881 Arbeiter, also auch eine Verschlechterung der Zustände. — Lohnreduktionen hatten im ersten Halbjahr 2095, im zweiten Halbjahr 2895 Arbeiter wieder dasselbe —!

Leider ist für diesmal noch nicht festzustellen, ob die Lohnreduktionen auf die Arbeiter ganz oder nur zum Theil an derer oder derselben Betriebe entfallen, ebenso die verkürzte Arbeitszeit. Daher will ich Schlüsse daraus ziehen unterlassen, bis die Angaben für das erste Halbjahr 1902 vorliegen. Nur das steht fest: Es sind die Zustände im Ganzen für das zweite Halbjahr 1901 noch trostloser und schlechter, als für das erste Halbjahr. Wie wird es nun für das laufende Jahr? Wird bald eine Verbesserung eintreten? Leider ist das schwerlich zu erwarten — und dürften die Kollegen in nur zu vielen Betrieben noch froh sein, wenn so fort gewurzt wird!

Hiermit bin ich am Schluß meines Berichtes. Wohl glaube ich die Erwartung auszusprechen zu dürfen, daß die Kollegen durch den Bericht ein Bild — wenn auch kein vollständiges — von meiner Tätigkeit erhalten haben. Ich habe das Bewußtsein, nach besten Kräften meine Schuldigkeit gethan zu haben. Alle Wünsche konnten nicht erfüllt, alle Arbeiten, die ich mit vorgenommen hatte, nicht ausgeführt werden. Das Arbeitsfeld ist ein großes, die Wünsche zu versprechen, um es allen recht zu machen. Was von den Beschlüssen der Bezirkskonferenz noch nicht ausgeführt ist, soll und wird an die Reihe kommen, sobald die Agitations-Arbeit das zuläßt.

Nur das Eine sei noch gesagt: Nicht zu jeder Zeit und nicht in allen Fällen habe ich die so dringend nötige Unterstützung der Ortsverwaltungen gefunden, manch' einem Kollegen wird das beim Lesen dieser Zeilen einfallen, und hoffentlich werden die Betroffenen für die Zukunft — darum handelt es sich in erster Linie — pünktlich eingerichtet sein.

Alle, ohne Ausnahme, müssen wir ständig auf der Warte sein! Es muß ständig jede Veränderung — die ja jetzt leider fast ohne Ausnahme verkehrt — beobachtet werden. Es muß gefügt werden zum Kampf. Die Zentrale der Krisenentwicklung zeigen deutlicher als irgend etwas die drohenden Kämpfe an. Und wenn nun noch die Pläne der Junker auf Vertheuerung der Lebensmittel durchgehen, dann — ja dann werden wir allenthalben auf der ganzen Linie zum Kampf um die Existenz, zum Kampf um die Selbstverhaltung gewungen!

Das mag jeder Kollege im Auge behalten, und deshalb mag jeder Kollege zur Mitarbeit greifen, den Verband auf eine Höhe zu bringen, die die drohenden Kämpfe aussichtsvoll erscheinen läßt.

Stettin, 6. Juni 1902.

H. Rohrlack.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten diene hiermit zur Kenntnis, daß seitens des Vorstandes eine neue Agitations-Schrift herausgegeben worden ist und sehen wir eventuellen Bestellungen derselben entgegen.

Bezüglich des Protokolls vom 4. Gewerkschaftskongress thellen wir hierdurch den Verwaltungstellen und Bevollmächtigten mit, daß dasselbe durch die Gewerkschaftskartelle zum Preise von 20 Pf. zu beziehen ist. Wir bitten die Bestellungen sofort erfolgen zu lassen. Diefenigen Verwaltungstellen, an deren Orten sich kein Gewerkschaftskartell befindet, wollen die benötigte Anzahl Protokolle in Stuttgart beim Vorstand bestellen.

Ausgeschlossen aus dem Verbande wird nach § 3 Abs. 7 a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg: der Klempner Robert Winkelmann, geb. am 10. September 1861 zu Rogas, B.-Nr. 8, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Schlosser Albert Heller, geb. am 26. Juni 1851 zu Eldner, B.-Nr. 376,447,

der Hilfsarbeiter Paul Udel, geb. am 18. August 1875 zu Schiebel, B.-Nr. 375,858, beide wegen Denunziation. Auf Antrag der Einzelmitglieder in Niederösterreich: der Former Josef Pichler, geb. am 15. Febr. 1867 zu Kamitz, B.-Nr. 447,788, wegen unkollegialem Verhalten.

Wieder aufgenommen wird auf seinen Antrag hin und nach erfolgter Befürwortung der Verwaltungsstelle in Solingen: der vor circa Jahresfrist wegen Streikbruch ausgeschlossene Schlosser Rudolf Rörner, geb. am 16. Januar 1858 zu Gera.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16 b zu richten, und ist auf dem Postabzettel genau zu besetzen, wofür das Gelb vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruss

Der Vorstand.

Berichtigung.

In der Jahres-Abschreibung pro 1901 sind verschiedene Druckfehler enthalten, welche richtig zu stellen sind.

1) In der Verlustliste muß es heißen: Verlust durch den früheren Unterlasser S. Langsinger in Barwien (nicht Bremen).

2) Verlust durch den früheren Bevollmächtigten W. Kräbel in Oschersleben (nicht Oschersleben).

3) Im Rechnungsschluß muß es heißen beim Reisegeld

4) Im Rechnungsschluß muß es heißen bei Verwaltungsosten b) sächsische 22 276,46 (nicht 12 276,46).

Korrespondenzen.

Former.

Altona. Die Sektion der Former und beruf. Berufe von Altona-Ottensen nahm in der Versammlung vom 11. Juni zu der Frage Stellung, ob Aussagen der Arbeitslosigkeit gleich zu achten sei. Die Versammlung war der Ansicht, daß, wenn ein Vertreter des Hauptvorstandes dies bejaht (Collegie Massatich), wir dies doch annehmen müßten, wie aber das Eingeständniß bestätigt, behält sich der Hauptvorstand vor, darüber von Fall zu Fall zu entscheiden. Nun fragen wir uns, ist der Hauptvorstand berechtigt dazu, über etwas, was von ihm anerkannt ist, noch einmal zu entscheiden? Sollen unter den Sektionen einzelne eine Ausnahme bilden? Wir hoffen das nicht, aber wie die Sache hier liegt, bedarf sie dringend der Auflösung. Wenn der Hauptvorstand die vom Kollegen Massatich auf der Konferenz zu Hildesheim gemachten Aussagen nicht für geeignet hält, seine Verdüsse zu erschüttern, so wäre es besser gewesen, der Hauptvorstand hätte dieselben gleich dementiert, dann hätten sich die Bergedorfer nicht darauf stützen können. So aber konnten sie es mit vollem Rechte. Die Frage, ob Aussagen der Arbeitslosigkeit gleichzusehen sei, ist werch, auf der nächsten Generalversammlung debattiert zu werden. § 5 Abs. 8 unseres Statuts erklärt: Liegt zwischen zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als sechs Arbeitswochen, so kann Ortsunterstützung gleich vom Tage der Meldung der neuen Arbeitslosigkeit an gezahlt werden. Wäre die Aussage des Kollegen Massatich, als Vertreter des Hauptvorstandes, auch für den Hauptvorstand bindend gewesen, so hätten die Bergedorfer Kollegen die Unterstützung erhalten müssen laut Statut. So aber konnten sie nichts erhalten, weil eine Unterstützung für Aussagen im Statut nicht vorgesehen ist, trotzdem die Kollegen innerhalb 20 Wochen 7 Wochen aussetzen müssten.

Berlin. In einer am 2. Juni im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung der Former und Berufsgenossen referierte Kollege Körten über das von der Agitationskommission der Former ausgearbeitete Regulativ betr. Verwendung unseres Fonds. Redner ist der Meinung, daß es unsere Hauptaufgabe sein muß, nachdem durch den Übereintritt des Centralvereins der Former die zweitheilige Organisation innerhalb unseres Berufes befreit worden ist, eine intensive und beständige Agitation unter den in Eisen- und Metallgießereien beschäftigten Arbeitern zu entfalten. Im Besonderen sei unser Augenmerk auf die Provinz gerichtet. Wenn auch gesagt werde: hierzu seien die Gauleiter vorhanden, so müsse man doch bedenken, daß die Bezirke der Gauleiter so groß sind, daß an eine Beücksichtigung des einzelnen Berufes nicht gedacht werden kann. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß seit Beübung des Centralvereins der Former von Seiten der Berliner Eisenformer eine besonders rege Agitation innerhalb ihres Berufes in der Provinz entfaltet worden ist, so ist nun wohl die höchste Zeit, daß das Versäumte wieder nachgeholt wird. Nachdem schon vor dem eine Konferenz der Berufsmänner der Former ihre Zustimmung zu untenstehendem Regulativ gegeben, stimmte auch die Versammlung ohne Diskussion zu:

Agitation und Unterstützungsfonds der Former und Gießerei-Arbeiter Berlins. 1. Aufbringung der Mittel. Die Beiträge sind freiwillige und sollen je nach Bedarf Sammelblätter in Umlauf gesetzt werden. Die Sechszehnerkommission veranstaltet und leitet die Sammlungen. Neben die Vornahme einer Sammlung entscheiden die Kollegen in einer Versammlung der Former und Gießerei-Arbeiter. 2. Verwendung der Mittel. Die Mittel des Fonds werden verwendet: 1. Zur Agitation unter den Formern und Gießerei-Arbeitern, um die Beziehungen der Kollegen in den einzelnen Orten untereinander zu erhalten; 2. Zur Unterstützung von Kollegen in außerordentlichen Notfällen.

dem Metallarbeiter-Verband empfiehlt die Kommission der vorher folgenden Antrag: „In Unbetracht, daß einer Regelung des Fonds, welcher den Formern durch die in Dresden getroffenen Einigungsbedingungen zugestanden worden ist, zur Zeit große Schwierigkeiten entgegenstehen, und in Erwägung, daß es dringend nothwendig sein wird, eine Berufskonferenz der Formen und Gießerei-Arbeiter Deutschlands abzuhalten, erwarten die Berliner Formen, daß in nächster Zeit, spätestens aber im Urschluß an die Generalversammlung des M.-B. in Berlin im Jahre 1903, eine Berufskonferenz der Formen und Gießerei-Arbeiter Deutschlands einberufen wird. (§ 17, Abs. 1, 4—6, des Status.) Dieser Konferenz soll die endgültige Regelung des Fonds übertragen werden.“

Im weiteren wurden durch Müller, Förster, Blauth, Stöpsel und mehreren anderen Rednern die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Gießereiarbeiter einer scharfen Kritik unterzogen und die Kollegen aufgefordert, etwaige Differenzen sofort bei den Branchenvertretern zu melden.

Dresden und Umgegend. In der am 21. Juni stattgefundenen Versammlung wurde die Aussperrung der Formen bei der Firma Stolzsch u. Schneider in Haidenaau einer scharfen Kritik unterzogen. Betreffende Firma versucht nun die Formarbeiten in anderen Fabriken herstellen zu lassen. Auch die „Friedrich-Augusthütte“ in Wohlgeschapp kam in Frage. Modelle und Formkosten sind schon hier, nur die Herstellung der Arbeit ist noch nicht endgültig entschieden. In der Fabrik sind 15 Formen thätig, davon sind aber nur wenig organisiert. Büros die nicht organisierten Formen sich solidarisch erklären und die betreffende Arbeit zurückweisen, so erklärte die Versammlung auch diese Kollegen nicht im Stande zu lassen. Bevollmächtigter Hoffmann führte noch aus, welchen Nutzen und Zweck die Organisation für die Arbeiterschaft hat, weiter ersuchte er alle Kollegen, das von den Gewerkschaften neugeschaffene Volkshaus in Dresden recht thätig zu unterstützen. Auf die am 18. Juli geplante Partie nach Schmiedeberg werden die Kollegen noch aufmerksam gemacht.

Leipzig. In der letzten Versammlung der Formen und Gießereiarbeiter referierte Kollege Ernst Greng über die Lage der Formen. Er führte etwa folgendes aus: In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges wie des Niederganges sei es den Unternehmern nicht gelungen, den Kampfesgeist der Formen zu brechen. Unter den Formen herrsche ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das verschiedenen anderen Berufen abgehe, daß die Formen aber befähigt, schneller Kampfbereit und einig zu sein. Daher auch der Hass der Unternehmer gegen die Organisationen der Formen, die sie auf jede Weise zu zerstören suchten. Redner geht dann auf die Entwicklung der Formenbewegung ein, kreist Urzüge und Verlauf des Leipziger Formenstreits und weist auf die Vorfälle hin, die die Formen jetzt als Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in den Stand seien, als Pioniere in der Arbeiterbewegung thätig zu sein, da die große Masse der organisierten Metallarbeiter dazugehöre. Wir müssen jetzt die Zeit dazu benutzen, die noch fernstehenden Kollegen wieder der Organisation anzuführen, um, wenn die Konjunktur wieder besser wird, einen Einfluß auf die Besserstellung unserer wirtschaftlichen Lage zu haben. Viele der früheren Arbeitssuchenden haben durch die Partei eingesehen, daß sie ebenso unter der Konjunktur der Unternehmer zu leiden haben wie wir, und daß nur die gute Organisation die Unternehmer abhalte, ihren Hass an den Formen zu fühlen. Die Leipziger Formen sind doppelt geschlagen, erstens durch die Partei, zweitens durch ihre Rückerlage, doch haben sie trotz allem die Organisation aufrecht erhalten. Ein gutes Zeichen hierfür ist die Statistik.

Zum vorigen Jahre konnten nur von 14 Gießereien Aufstellungen gemacht werden; ein Vergleich in denselben Gießereien ergibt, daß 1899, also vor dem Streit, 687 Formen und 155 Lehrlinge beschäftigt waren, 1901 dagegen 438 Formen und 134 Lehrlinge und im laufenden Jahre 362 Formen und 123 Lehrlinge. 1900 ist eine Aufstellung nicht gemacht worden. Im Februar dieses Jahres sind wieder in allen Gießereien Erhebungen angestellt, aus denen hervorgeht, daß 633 Formen, darunter 98 Plattenformer und 33 Maschinenformer, seines 132 Formenmeister und 182 Lehrlinge beschäftigt waren, gegen 869 Formen und 226 Lehrlinge im Jahre 1899. Gemessen daran ist es, daß in 11 Gießereien bei 142 Formen keine Platten- und Maschinenformer sind. Dagegen sind in 8 Gießereien bei 216 Formen noch 86 Platten- und 27 Maschinenformer, in 3 Gießereien außer 102 Formen 12 Plattenformer und in 3 Gießereien 42 Formen und 6 Maschinenformer. Zu 4 Gießereien mit 54 Formen gibt es keine Lehrlinge. Dagegen wird die Lehrlingszüchterei in einigen Städten eng betrieben. So z. B. befinden sich in einer Gießerei mit 41 Formen 19 Lehrlinge, eine andere Gießerei hat bei 22 Formen 11 Lehrlinge, eine dritte steht bei 57 Formen 30 Lehrlinge, und eine vierthie beschäftigt gar 20 Lehrlinge bei nur 30 Formen. In vier Gießereien mit 61 Lehrlingen müssen die letzteren die Arbeit der Hilfsarbeiter überlassen mit vertrüben. Die Arbeit ist gestaltet sich folgendermaßen: 43 Formen, 1 Maschinenformer, 12 Formenmeister und 19 Lehrlinge arbeiten in 4 Gießereien unter 8 Stunden. 8½ bis 9½ Stunden steht in 5 Gießereien mit 159 Formen, 7 Plattenformern, 15 Maschinenformern, 44 Formenmeistern und 51 Lehrlingen gearbeitet. In 10 Gießereien mit 282 Formen, 71 Plattenformern, 17 Maschinenformern, 76 Formenmeistern und 112 Lehrlingen beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden und in einer Gießerei mit 18 Formen 10½ Stunden. Es ist aber auch von 2 Gießereien mit 75 Formen Sonntagsarbeit ausgegeben und von 10 Gießereien mit 267 Formen Nebenstandarbeit. Bezugspunkt des Stattes ergibt die Statistik, daß 36 Formen 8—18 M., 286 Formen 18—25 M., 86 Formen 15—27 M., 99 Formen 20—30 M., 27 Formen 10—36 M. und 18 Formen bis 40 M. pro Woche, nach dem Durchschnitt von drei Wochen berechnet, verdienten. Im letzten Fall handelt es sich um Sonntag- und Nacharbeit. Die großen Sonntagsarbeiten sind dadurch erklärt, daß nur in vier Gießereien mit 49 Formen ein Abgang für ohne Gehalt bei Formen vorhandenen Ausgang mit vorgenommen wird. In allen übrigen Gießereien müssen die Formen

neben dem Risiko, das sich beim Ufford und bei der Arbeit des Formens überhaupt nicht umgehen läßt, auch noch für den Auschuß, der durch schlechtes Material entsteht, haften, und zwar in 14 Gießereien mit 312 Formen ganz, die übrigen theilsweise. Die Löhne der Platten- und Maschinenformer schwanken bei 82 zwischen 18—30 M., in 41 Fällen bis zu 40 M. Die Löhne der Formenmeister sind bei 40 Mann auf 12—21 M. Wochenlohn und bei 88 Mann auf 25—40 Pf. Stundenlohn angegeben. Die Wochenlöhne der Hilfsarbeiter sind von 10 Gießereien im niedrigsten Fall auf 10 M., im Höchstfalle auf 20 M. angegeben, in den übrigen Gießereien schwanken sie zwischen 27 und 35 Pf. Stundenlohn. In 7 Gießereien mit 219 Formen werden auch die Paule nicht eingehalten, auf pünktlichen Arbeitsanfang sieht man, aber nicht auf pünktlichen Schluß. In nur 8 Gießereien mit 118 Formen sind Lohnabzüge nicht gemeldet, in allen anderen Gießereien sind Lohnabzüge zwischen 10 und 30 Prozent, theilsweise sogar 40 Prozent vorgenommen worden. Die Beleuchtung ist von 16 Gießereien mit 323 Formen als genügend angegeben. Die Ventilation wird nur von 5 Gießereien mit 97 Formen als gut, in allen übrigen als schlecht und mangelhaft bezeichnet. Türen, Fenster und Dachläden treten an Stelle der Ventilatoren. Auch die Zustände beim Gießen lassen sehr Vieles zu wünschen übrig. Recht schlimm ist es mit der Heizung bestellt, einige Gießereien werden ungünstig, andere gar nicht, wieder andere durch offene Kamine geheizt. Hier wäre ein Eingreifen des Fabrikinspektors jetzt notwendig. Aus den Angaben über die Behandlung durch die Vorgesetzten geht hervor, daß der Meister entweder nichts zu sagen hat, oder die Behandlung ist eine höchst unerträliche. Die Uffordpreise werden oft von Leuten festgesetzt, die von der Formerei kein Verständnis haben. Die Krise sei für viele Arbeiter immer noch nicht eine Lehre gewesen, denn es geht aus der Statistik klar hervor, daß Kollegen bei langer Arbeitszeit ebenso wenig verbünden, wie andere bei kurzer Arbeitszeit. Unsere Förderung müsse immer wieder sein: gelegte Regelung der Arbeitszeit. Wir werden ja sehen, ob die Unternehmer geneigt sein werden, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, wenn der alte Stroll überwunden sein wird. Bis jetzt macht sich diese Absicht nicht bemerkbar. Die zwei Jahre, die die bayerischen Formen ausgespart sind sollten, sind lange vorüber, aber noch stehen einige Formen auf der schwarzen Liste, die nichts weiter gethan, als daß sie sich mit ihren Kollegen solidarisch erklären. Über diesen Terrorismus der Unternehmer schreiben natürlich bürgerliche Blätter, wie Tagblatt und Neueste Nachrichten, die sich seiner Zeit über die gerechten Forderungen der Formen gar nicht genug entfalten können, nichts. Jetzt ist es an der Zeit, mit den Arbeitern, unter Anerkennung ihrer Organisation, zu verhandeln. Die Arbeiter werden stets daran trachten, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, wenn es sein kann, auf günstlichem Wege, wollen die Unternehmer diesen Weg nicht betreten, dann werden wir, wenn die Zeit dazu da ist, auch wieder geprägt in den Kampf ziehen. In der darauf folgenden Diskussion wurde der Antrag angenommen, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, bei den Unternehmern einzutragen, in welchem Umfange und wie lange noch die Aussperrung der einzelnen Formen dauern soll. Unter Gewissmachtheit gibt der Vorsitzende der Agitationskommission bekannt, daß durch die Einführung der Extra-steuer 80 Pf.-Marken mit noch bis zum 1. Juli zu haben sind; wer nach diesem Letzteren seine Beiträge nicht bis 1. April bezahlt habe, gehe seiner Stärke an den Verband verlustig.

München. Zum Gingesandt der Formen von Bergedorf erlaubt sich Unterzeichneter seine Meinung zu äußern, zudem ja dieser Fall geeignet ist, in der Presse ausgiebig diskutiert zu werden. Wenn wir nun diese Angelegenheit objektiv beurtheilen wollen, so muß zunächst zugegeben werden, daß das Vorgehen der Bergedorfer Formen mir Hochachtung verdient, da, nachdem von der Firma keine Arbeitszeitverkürzung zu erlangen war, sie trotzdem lieber schwierige zu arbeiten, als Entlassungen vornehmen zu lassen. Der Vorstand erblickt in diesem Vorgehen nur einen ganz gewöhnlichen Akt der Selbsthilfe, die jeder auf sein eigenes Konto zu nehmen hat. Seiner muss hier konstatiert werden, daß in diesem Falle die Firma liberaler gehandelt hat, als der Vorstand, indem ersteren den Formen wenigstens zwei Wege anbot, um über die höhere hinauszukommen, während letzterer, wenn die Verweigerung der Ortsunterstützung bei der Abstimmung bekannt gewesen wäre, dadurch wahrscheinlich zwingen hätte, daß die 7 Mann aus Pilaster gezeigt werden würden. Letzteres wäre für den Verband sicher nicht verantwortlich gewesen, da gewöhnlich bei Entlassungen auch diejenigen getroffen werden, die sich am meisten von die Interessen der Kollegen befreunnen. Es ist schon sehr oft vorgekommen, daß dadurch ganze Werkstätten jahrelang den Verband verloren gingen, da bei Neuinstellungen die jüngsten Agitatorin nicht mehr in die Fabrik aufgenommen werden. Der Vorstand sowie der Auszugsleiter kann nur die Unterstützung der Bergedorfer Kollegen mit der Begründung ab, es wäre keine Arbeitslosigkeit im Sinne des Status. Bis zur nächsten Generalversammlung, auf der der derartige Falle behandelt und statutarisch festgelegt werden müssen, wird man innerhalb des Verbandes sicher die Krise genügend gellässt sein, ob ein dreiwöchentlicher Schichtwechsel, verbunden mit anhaltiger Arbeits- und Dienstlosigkeit eine eigentliche Arbeitslosigkeit ist oder nicht. Es wird kaum einen Kollegen geben, der in der gegenwärtig vorhanden Zeit in 14 Tagen so viel verdient, um drei Wochen leben zu können. Diese Leute hatten innerhalb der letzten acht Tage wieder Verdienst nach Arbeit, sie sind als arbeitslos im Sinne des Status anzusehen und kann ihnen die Unterstützung nicht verweigert werden. Die Bergedorfer sind nicht im Geringsten verpflichtet, die hundertgehaltenen Entlassungen auf ihr eigenes Konto zu nehmen, denn wenn 7 Mann entlassen werden müssen, so hätte der Verband, falls dieselben unterstützungsberechtigt gewesen wären, dieselben auch unterstützen müssen, da zu gegebener Zeit kaum Arbeit zu erhalten war. Schließlich wäre noch zu bemerken, daß die Agitation für den Verband bedeutend erhöht wurde. Demgegenüber wird ja vom Vorstand eingewendet werden,

dass er diesen Fall prinzipiell ablehnen müsse, weil sonst die Unternehmer hergehen und den Arbeitern bei schlechtem Geschäftsgange den Schichtwechsel auszufordern würden, um die Verbandsklasse zu plündern. Dies hat er jedoch nicht im Geringsten zu befürchten, da die Fabrikanten lieber, wie z. B. Kraus in München, es vorziehen, 800 Mann auf Pfaster zu werfen, als Arbeitszeitverkürzung oder gar den Schichtwechsel einzuführen. Des Ferneren wird auch der Vorstand und mit Recht anführen können, daß er diesen Fall auch aus dem Grunde ablehnen möchte, in dem die ganze Angelegenheit dem Verband dreimal so viel kosten würde, als wenn die Leute entlassen würden würden. Nun dann gebe er doch den Bergedorfer Formen wenigstens diejenige Summe, die auf 7 Mann und 7 Wochen gerechnet, mit dem Durchschnittsatz der Gesamtbevölkerung betreffs der Länge der Verbandsangehörigkeit kommt. Dies ist das allerwertigste, was der Verband geheimerweise den Bergedorfern geben mag. Ich glaube kaum, daß irgend ein Verbandsmitglied Einwenden dagegen erhebt, wenn der Vorstand diesem gerechten Ansinnen nachkommt.

Joh. Freisinger.

Raguhn. In der Versammlung am 14. Juni stand das Gingesandt der Formen Bergedorfs zur Debatte. Kollege Frenkler, Delegierter nach Gildesheim, erklärt, daß er die Aussage von Massbach genau im Sinne der Bergedorfer aufgefaßt hätte. Die Aussprache ergab allgemeine Anerkennung der Kollegialität der Bergedorfer Formen, welche ihre Kollegen die Not der Arbeitslosigkeit nicht allein durchmachen ließen. Die Unterstützenden halten in solchen Fällen den Vorstand für verpflichtet, hier unterstützend einzutreten und nicht von Fall zu Fall zu entscheiden. Mit dem Wunsche, daß es nicht beim Bescheide des Vorstandes bleibt, wurde die Debatte beendet.

Ünneheide. In der Mitgliederversammlung am 14. Juni ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden: „Die heutige Mitgliederversammlung beruft sich den unlogischen Beschluß des Hauptvorstandes, sowie des Ausschusses, den Formern der Verwaltungsstelle Bergedorf keine Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, trotzdem dieselben durch ihr solidarisches Verhalten gezwungen waren, innerhalb 20 Wochen 7 Wochen auszuhalten zu müssen. Die Versammlung kam daher nach reiflicher Überlegung in jeder Hinsicht zu dem Resultate, daß den bayerischen Formern die Arbeitslosenunterstützung nicht vorenthalten werden darf.“

Weissenfels. Die am 21. Juni in der Reichskrone abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem von der Bergedorfer Verwaltung in Nr. 23 der Metallarbeiterzeitung gebrachten Artikel. Die Meinung der Kollegen über diese Frage ging sehr weit auseinander. Einige Kollegen waren sogar der Ansicht, daß bei Auszeiten von 2—3 Tagen in der Woche bei einem längeren Zeitraume (etwa 4—5 Monate) Unterstützung gezahlt werden sollte. Diese Auffassung ging den meisten Kollegen aber doch zu weit; dieselben meinten, wenn nach den oben angeführten Ansicht Unterstüzung gezahlt würde, daß der Verband bei den jetzigen Beiträgen nicht zu leisten im Stande ist. Dasselben Kollegen waren aber der Ansicht, daß bei abwechselnder Aussetzung von einer um die andere Woche — und wenn vorausgesetzt ist, daß diese Aussetzung sich mehrere Monate hinzieht — wohl Berechtigung da wäre, Unterstüzung zu verlangen. Das Aussehen wäre ein langsames Verhungern, denn wo sollte ein Familienhaushalt mit 4 und noch mehr Kindern den Unterhalt für seine Familie hernehmen, wenn er volle Wochen nichts verdient. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heutige in der Reichskrone tagende Mitgliederversammlung erachtet den Hauptvorstand, die Sache dahin zu regeln, daß bei Auszeiten von vollen Wochen Unterstüzung gezahlt wird und wünscht, daß der Hauptvorstand hierzu recht bald eine Stellung nimmt.“

Metallarbeiter.

Zürich. Der Metallarbeiterstreit bei Gießer, Böhme u. Co. ist beendet. Nachdem die erst schlecht berathenen Streitenden in schroffstem Weiderspruch zu jeder gewerkschaftlichen Kampffestigkeit das von der Fabrikleitung accepptierte Einigungsamt abgelehnt, mußten sie nun ihrerseits, als sie begriffen hatten, daß der Kamm vertreten und dem Streit eine endlose Bechampfung droht, um Vermittlung nachsuchen, die der liberale Regierungspräsident Bleuler, ein verständiger und einsichtsvoller Mann, sofort übernahm, und die dann auch unter weiterem Zugriff von Regierungsrath Locher zur Beilegung des Konfliktes führte. Erreicht haben die Arbeiter so gut wie gar nichts, nur einer von den beiden Arbeitern, denen vor dem Streit gefündigt worden, kann wieder bleiben. Von der Entlassung oder Belebung des gehaschten Werkführers Wolsensberger, der zugleich ein Hauptaktionär der Gesellschaft ist, steht nichts mehr. Wahrscheinlich aber verzichtet er selbst auf Angst auf den gefährlichen Posten. Venerlossen ist, daß die beiden Regierungsräthe Bleuler und Locher persönlich in der Versammlung der Streitenden über die stattgefundene Verhandlungen und deren Ergebnisse berichteten. Von den versammelten circa 1000 Streitenden stimmen mir circa 30 gegen die getroffenen Vereinbarungen. Die Arbeit ist am 23. Juni wieder aufgenommen worden. Von sämtlichen 1200 Streitenden waren vorher nur circa 100 organisiert. Die organisierte Arbeiterschaft schmettert erleichtert auf über die Beendigung dieses gefährlichen Streits. — Die kantonale Militärdirektion (Kriegsministerium) hatte den Streitenden, die eine große gemeinschaftliche Rüche führten, aus der Kaserne dreihundert Kompanien (blecherne Suppenküppeln) überlassen.

Schmidle.

Barmen. Bei Siller & Germar, Dampfesselfabrik, sind ausser Differenzen ausgebrochen, welche zum Streit führen blüsten. Zugang vom Kesselhämmer u. ist fern zu halten, da die Firma versucht wird, Arbeitswillige von Auswärts herein zu ziehen. Wo solche durch Unionen gesucht werden sollten, bitten wir die Kollegen der betreffenden Orte, dieses sofort der hiesigen Ortsverwaltung zu melden.

Kölnberg. Auf unsere Veröffentlichung in Nr. 23 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung stimmt Gittlauer in Nr. 25 des „Bruder Schmied“ in 65 Zeilen ein Klageschreiben an, daß er bloß verleumdet wurde und alles Unwahr-

Bremenhaven. Sonnabend, den 12. Juli, im Colosseum, Bürgermeister-Straße.

Bromberg. Jeden Dienstag nach dem 1. und nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, im „Tivoli“, Thälstraße Nr. 23.

Brudsal. Samstag, den 5. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.

Cöln i. G. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Schleißstadt“.

Danzig. Donnerstag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, im Hotel, Brodbentengasse.

Dessau. Sonnabend, 12. Juli, Abends halb halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße.

Detmold. Samstag, den 5. Juli, bei Geßrich, Hortsche-straße 11.

Dortmund. (Allg.) Samstag, 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhäuser, I. Rumpfstr. 73.

Döbeln i. S. Sonnabend, den 12. Juni, Abends halb 9 Uhr, in Hempt's Gasthaus, Neugasse. Vortrag von Gen. Raden.

Döhlheim. Samstag, den 12. Juli, bei Stuhl, „Zur schönen Aussicht“.

Dülken. Sonntag, 8. Juli, bei Ant. Müsels, Schäffler-Dachbaut Herbergsloft.

Düsseldorf. (Former.) Samstag, den 12. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Gewerbeschäftshaus, Bergerstraße 8.

Eisenach. Sonntag, den 13. Juli, Vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum fröhlichen Klamm.

Elversfeld. Samstag, den 12. Juli, Abends punkt halb 9 Uhr, im Volkshaus, Hochstraße 83.

Enden. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

Erfurt. (Allgem.) Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Tivoli, Magdeburgerstraße 51.

Erfurt. (Klemperer und Installatoren.) Sonnabend, den 12. Juli.

Eilen a. R. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, in den Vorraum-Sälen, Rottstr. 18.

Egerbach. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, im Gewerbeschäftshaus.

Füsterwalde. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr im Gewerbeschäftshaus Raudorf.

Frankfurt a. M. Bockenheim. Freitag, den 11. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Bierheilig, gr. Rittergasse 58 in Sachsenhausen. — Samstag, 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Adler“, Frankfurterstraße 53 in Bockenheim. — Für Spengler und Installatoren am Samstag, den 12. Juli, im Gewerbeschäftshaus, II. Et., Kollegstr. 4.

Freising. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr.

Gaisburg. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, im Gewerbeschäftshaus zum „Stern“.

Gelsenkirchen. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Gerhard Stamps am Hermannplatz.

Gießen. Samstag, den 12. Juli, Abends 9 Uhr, bei Dr. Böig, Rittergasse. Vortrag des Stadtverordneten E. Kettner.

Grüneberg i. Hsg. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gaihof „brauner Hirsch“.

Guben. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Volkgarten.

Hagen i. W. Samstag, den 12. Juli, Abends 9 Uhr, bei Witwe Sachs, Puppenbergstraße 7.

Halle a. S. (Klemperer und Installatoren) Sonnabend, den 5. Juli, in der „Moorburg“.

Halle a. S. (Klemperer und Installatoren) Sonnabend, den 12. Juli, im Restaurant „Drei Könige“, I. Wittenstr. 26.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Ballhof, Burgstr.

Hirschberg. Jeden Sonnabend 8—11 Uhr Straßenabend im Gaihof zur Eisenbahn (am Bahnhof Striesen).

Halk. Dienstag, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Fisch bei Nikolaus Fried, Rittergasse 70.

Hamm in Sach. Jeden 2 und 4 Sonnabend im Monat im Gaihof zum Löwen.

Karlsruhe. (Allg.) Sonntag, den 13. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Goldenen Adler, Karlsriedtr. 12.

Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installatoren.) Samstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr, in der Fortuna, Ludwigplatz.

Kehl a. R. (Former.) Sonntag, den 13. Juli, Vormittags 11 Uhr, bei Gierhardt in Durlach, Düsseldorferstr. 1.

Kehl a. R. Sonntag, den 19. Juli, Abends 9 Uhr, bei Houpejch, Rittergasse 18.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats, Jeden Sonnabend von 8—9 Uhr abend bei Kochitz, Müggelheimerstraße 2. Ehrendachlbütt Verkehrsposal.

Kölln. Jeden Donnerstag vor dem 1. des Monats im Restaurant zur Linde, Kärtnerstr. 2.

Kölln. Samstag, den 12. Juli, im Hotel des Herren Hofes, Schloßstraße 12.

Königsberg. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Carl Siemers.

Küdescheid. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Hagedorn, Grabenstraße.

Kreislich. Samstag, den 5. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der Uelle. Kaffeerwahl und Bezugserklärung betr. Extra-Beiträge für das Gewerbeschäftshaus.

Kreuz-Kappeln. Sonnabend, den 12. Juli, im Gewerbeschäftshaus bei A. Schröder, Gartenstr. 3.

Kreuzdahmen. Sonnabend, 12. Juli, Abends 8 Uhr, bei B. Kapfmeier.

Kürtberg. (Klemperer u. Installatoren) Samstag, den 12. Juli, im Goldenen Bläser.

Kürtberg. (Schmiede und verarbeitete Werkstoffe) Samstag, den 5. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Zusammen, Schloßgasse 4.

Kürtberg. (Metallgiudicarie) Samstag, den 12. Juli, im Dreimühlen (Kreuzstraße). Leutnantsschule.

Kürtshausen (Hausbank). Samstag, den 13. Juli, Vormittags 11 Uhr, im Hause des Herrn Hollender, Kürtshausenstraße.

Kürtshausen. Samstag, 13. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Schützen.

Kürtshausen. Samstag, den 7. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

Kürtshausen. Samstag, 13. Juli, Nachmittags 9 Uhr, bei Kürt, Schloßstraße 30.

Venig. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats in Itters Restauration.

Wien a. d. C. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Weinen Ros“. —

Quedlinburg. Sonnabend, 12. Juli, Abends 8 Uhr.

Rade v. Wald. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“.

Raßkaff. Samstag, den 12. Juli, bei Kling, Friedrichsring 25/II, rechts.

Rößlan. Sonnabend, den 5. Juli, in Meinsdorf bei Höhne. Sammelpunkt der Köslauer Kollegen 8 Uhr bei Schreiber, Feldstraße.

Rößwein i. S. Jeden 2. Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Adler“, Oberstadtfeld.

Schmalkalden. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Rosenau“.

Schmeling-Doos. Samstag, 5. Juli, Abends 8 Uhr, bei Nagelhaut. Die Mitgliedsbücher sind an den Einsätzen abzuliefern.

Schweidnitz. Sonnabend, den 5. Juli, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Ros“. —

Schwerin. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, gr. Moor 51.

Schuldsbrück. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Bononi, Schuldsbrück.

Solingen. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Johann van Gels, Cronenbergerstraße.

Stettin u. Ang. (1. Bezirk.) Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Voigt, Große Ritterstr. 7.

Stettin. (2. Bezirk.) Dienstag, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Wilh. Schmidt, Pöligerstraße. Vortrag des Genossen Hamisch.

Stettin. (Führer, Installatoren und Helfer.) Montag, den 7. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Voigt, Gr. Ritterstr.

Tuttlingen. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Jägerhofsstraße.

Wiesbaden. Sonntag, den 13. Juli, Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Eßer, II. Brückstraße 25.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Koob, Hermannstr. 1.

Wittenberg. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Adler, Jüdenstr. 29.

Würzburg. Samstag, den 12. Juli, bei Büchlein, „Blauer Glöck“. —

Zeitz. Sonnabend, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, bei Schindler, Gartenstr. 44.

Zerbst. Samstag, 12. Juli, Abends 8 Uhr, bei Ferchland.

Zeesau. Sonntag, den 13. Juli, Großes Gartenfest und Sommernachts-Ball im Gewerbeschäftshaus. Programm à 20 Pf. sind bei den Vertrauensmännern, bei den Bezirksfassatoren und im Verbands-Bureau zu haben.

Dresden. Das Verbandsbureau befindet sich im Dresden er Volkshaus, Ritterbergstr. 2/I, Zimmer 4 und 5, nächster Nähe des Wettiner Bahnhof. Geöffnet von 11 bis halb 2 Uhr Vormittags und von 5—7 Uhr Abends, Sonnabends 4—8 Uhr Abends, Sonntag halb 9 bis 9 Uhr früh.

Dresden. Sonntag, den 6. Juli, Großes Sommerfest in der Eiche-Stricke, Hüttenstr. Anfang 3 Uhr. Karten à 10 Pf. sind im Verbandsbureau, Volkshaus, Ritterbergstr. 2/I, sowie bei den Vertrauensleuten zu entnehmen.

Dresden. Sonntag, den 13. Juli, Große Partie nach Schwarzenberg, Bärenburg u. s. w. Abfahrt Früh 7 Uhr 25 Min. Karte à 1,80 Mk. sind im Bureau, Volkshaus, Ritterbergstr. 2 und bei den Vertrauensleuten zu entnehmen.

Gänsfeld. Unser Bureau befindet sich seit 1. Juli Eichenstr. 16, p. links. Dasselbe ist geöffnet Wochentags von 3—6 Uhr Nachm. Beschwerden, Anträge u. s. w. sind nur an das Bureau zu richten. Ferner eruchen wir die Kollegen, nach jeder Wohnungsumänderung dem Bureau sofort Mitteilung zu machen, um eine pünktliche Zeitungsaufstellung zu ermöglichen.

Gräfenberg. Sonntag, den 13. Juli, Leiterwagenpartie nach Lübeck. Antritt 8 Uhr bei Gaißwirth Stiller, Abfahrt punt halb 9 Uhr. Fahpreis: Männer 75 Pf., Frauen 50 Pf.

Zölln-Lindenthal. Am Sonntag, den 13. Juli, Ausflug nach Düsedorf, Ausstellung. Karten à Person 2 Mark, wofür freie Fahrt und Rückfahrt, Eintritt 2 Mark, sind bei der Ortsverwaltung bis 8. Juli zu haben.

Gaudensberg. Käffner: Paul Stiehm, Färberstraße 22/I. Mecklen. Sonntag, den 20. Juli, Nachm. halb 4 Uhr, im Saal des Thüringer Hoses kombinierte Versammlung der Zollstellen Uffenburg, Schmölln, Gößnitz, und der Einzelmitglieder von Crimmitschau, Meernau und Glauchau. Bericht vom Gewerbeschäftlonges. Verbandsangelegenheiten. Referent: Kollege Krause-Ehenniz.

Mittweida. Von 1. Juli ab wird hier keine Reiseunterstützung mehr ausbezahlt.

Wünschau. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer für Münzen und Umgebung ist bei Koll Franz Ehbar, Dreibrückstraße 17/II, rechts.

Kürtshausen. (Zimmerger.) Im Arbeitsnachweis bei F. Erich, Bergoldstr. 11, werden 2 Steuerarbeiter nach Höh-Großhause gehucht.

Leubnitz. Sonntag, den 20. Juli, Ausflug nach Mittweida. Näheres durch die Käffner.

Kratzungen. Unser Verkehrs-Bureau befindet sich in der Neumarkt 15, Rathausstraße, woselbst auch Reiseunterstützung von 7—8 Uhr Abends ausbezahlt wird.

Stodien. Käffner: R. Stein, Kaiserstr. 4. Einflüsse müssen bis 13. Juli abrechnen.

Öffentliche Versammlungen.

Gießen. Sonntag, den 6. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei Ueben. Referent M. Krolik-Ehenniz: „Das Sozialrecht in Theorie und Praxis“.

Leubnitz. Montag, den 7. Juli, Abends 9 Uhr, bei Arno, Bücherei zum Kreisgericht. „Die heutige Probationssitte und wie stellen sich die Arbeiter dar?“ Referent Kollege Ehrler-Großhause.

Leubnitz, Frankenbach, Leubnitz, Althengst, Lauter, Lauterbach, Leubnitz, Leubnitz u. Leubnitz. Samstag, den 6. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Gaihof zum Steigen, in Leubnitz.

Gestorbene.
In Leipzig der Schlosser Arthur Bösch, 22 Jahre alt, Schwindsucht. — In Würzburg der Dreher Aug. Schuler, 39 Jahre alt, Lungenerkrankung. — In München der Monteur Anton Krämerbauer, 43 Jahre alt, Blutkrank. — In Schweidnitz der Uhrmacher Richard Schöber, 21 Jahre alt, Blutkrank. — In Meißen der Klempner Franz Rennmann, 26 Jahre alt, Schwindsucht.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreigesparte Seite beträgt 50 J.

Für Feilenhauer!

Eine seit 20 Jahren mit bestem Erfolg betriebene Feilenhauer in einer Stadt des badischen Oberlandes ist wegen Krankheit des Besitzers sofort preiswert zu verkaufen, mit oder ohne Wohnhaus. Alles Röhre durch Offerte (mit 10 Pf. Miete) unter „J. Sch. 100“ an die Metall-Arbeiter-Zeitung.“

Ein in der Herstellung von Stippurohren durchaus bewandter

Former

wird als Vorarbeiter für die Stippurohrgießerei eines größeren Werkes unter günstigen Bedingungen gesucht. Anmeldungen unter Nr. 69 an die Geschäftsst. d. B. A. erb.

Lohnenden Nebenverdienst

erhalten Dreher, Schlosser, Mechaniker, Stellmachers, Formierer, sowie alle anderen Metallarbeiter. Röhre durch Aug. Loh, Gleichenstein-Halle a. S.